

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16 b.  
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate  
für die sechsgespaltene Colonelle oder deren Raum 80 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **210 900** Exemplaren  
erscheint diese Ztg.

#### Der Generalstreik im Ruhrrevier.

Sodern schlagen die Flammen auf dem sozialen Kriegsschauplatz empor. Ungezwängt noch auf beiden Seiten wird der Kampf fortgesetzt. Trübsig, brutal beharren die Kohlegewaltigen auf ihrem Standpunkt — mit aller Entschiedenheit bestehen die Arbeiter auf ihren Forderungen, vor allem auf Anerkennung der Organisation. Während äußerlich der Kampf gewissermaßen auf dem toten Punkt angelangt ist, ist das Ringen tatsächlich schon entschieden. Die Arbeiterschaft hat einen Erfolg errungen, dessen Wichtigkeit zunächst erst nur vom moralischen Standpunkt möglich ist. Der Erfolg liegt in der Zusage der schleunigen Vorlage einer Novelle zum Berggesetz. Im Jahre 1889 sandte die Regierung Militär, blutig wurde der Streik niedergeschlagen. Wütender noch wie damals rief das Scharfmachertum jetzt nach Militär — aber statt dem Rufe zu folgen, ließ die Regierung eine Reform des Berggesetzes verkünden, durch die wenigstens ein Teil der Forderungen der Ausständigen gesetzlich garantiert werden soll. Allein die Tatsache, daß die Regierung sich damit offen auf die Seite der Arbeiter schlug, den übermächtigen Kohlenjüngern den Unwillen des gesamten Volkes doch etwas fühlen ließ, bedeutet einen Erfolg der Arbeiter, dessen Tragweite leicht unterschätzt werden kann, wenn man sich nicht vergegenwärtigt, wie die Regierung sich damals verhalten hat.

Wie weit die Regierung den Wünschen der Arbeiter entgegenkommen will, ob sie imstande ist, ihren vielleicht schon gar nicht großen Reformeifer im Landtag betätigen zu können, das ist eine Frage für sich. Schon einmal hat der Landtag, im Jahre 1892, eine „Reform“ des Berggesetzes dazu benützt, um statt fortschrittliche, reaktionäre Bestimmungen hinein zu drängen. Noch ist in aller Erinnerung das Trauerspiel mit der Kanalvorlage. Zum Erbarmen hat der Landtag die Regierung behandelt, die Lage: Junkertum spielte mit der Regierung: Mäuslein. Der Landtag in Preußen ist der Hort der Reaktion und des Arbeitertruges in Deutschland, was kann man da von dem Landtag viel Gutes erwarten?

Daß eine Reform des Berggesetzes den Gewinnhagern nicht sehr wehe tun wird, dafür werden schon die schlesischen Kohlenkönige, die die Landtagsfraktion des Zentrums beherrschen, Sorge tragen. Man kann doch nicht erwarten, daß die schlesischen Zentrumsgrafen sich selbst in Fleisch schneiden! Wie wenig die Kohlegewaltigen die angeforderte Reform fürchten, hat der Bergbauische Verein geradezu demonstrativ bekundet. Er beantwortete die Ankündigung der Berggesetznovelle mit Herausgabe einer Broschüre, in welcher ganz kategorisch ein Zuthausgebot und eine Beschränkung der Öffentlichkeit der Verhandlungen des Reichstags verlangt wird. Im Gefühl ihrer Macht behandeln die Kohlenkönige die Regierung mit einer Geringschätzung sondergleichen: Wir sind die Herrscher, wir sind die Regierung! Das ist der Grundsatz, den die kommandierenden Generale im Bergbauischen Verein von Anfang an vertreten haben und den zu verlassen sie durchaus nicht gesonnen sind.

Trotzdem wird die Novelle einige Verbesserungen bringen, das muß gefestehen, um die öffentliche Meinung zu beruhigen. Nicht aus Liebe zu den Arbeitern, nur aus Rücksicht auf das Bürgertum nahm die Regierung für die Arbeiter Partei, gerade so wie weite Kreise des Bürgertums nicht aus Gerechtigkeitsinn, sondern aus Eigeninteresse gegen das Kohlenmagnatentum Stellung nahmen. So lange lediglich die Arbeiter öffentlich agitierten, stand das Bürgertum der ganzen Sache ziemlich teilnahmslos gegenüber; man begriff gar nicht, um was es sich handelte, man verstand die Arbeiter nicht, die große Masse des indifferenten Bürgertums konnte die Situation, die Gesamtstimmung nicht erfassen, man hielt sich an einzelne äußere Anlässe und konnte nicht begreifen, daß darum eine so große Bewegung entstehen konnte. Erst als man sich mit der Nase darauf gestoßen sah, daß die Diktatur des Kohlenmagnatentums Laufende bürgerlicher Geistesgenossen zu vernichten drohte, erst als das Selbstinteresse dem sozialen Verständnis vieler Leute etwas nachhalf, da wurde die Sympathie für die Arbeiter rege, eine Sympathie, die weiter nichts ist als ein Reflex eigener Interessenwahrnehmung. In der Staatsautorität sehen weite Kreise des Bürgertums die beste Garantie ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen. Bisher wußte man nur, daß die Junker die Staatsautorität als leichte Ware behandelten, wenn ihr Klasseninteresse das erheischte. Weiter wußte man, daß die vermaledeite Sozialdemokratie die Staatsautorität vernichten wollte; nun gewahrte man mit Schrecken, daß ein paar Kohlenkönige auf die Regierung pfliffen, Vertreter der Regierung wie Schnorrer behandeln, die man hinauswirt.

Hätte die Regierung dazu vollständig geschwiegen, hätte sie nichts unternommen, das wie eine entschiedene Aktion ausfiel, dann war es um das Ansehen der Regierung bei dem Bürgertum vollends geschehen. Der Selbsthaltungstrieb veranlaßte die schnelle Ankündigung der Novelle. So hatte die Regierung wenigstens vorläufig ihr Prestige gerettet, das Bürgertum war beruhigt. Es ist immer gut, wenn man sich der treibenden Kräfte bewußt wird, das bewahrt vor Enttäuschungen und behütet vor der Versuchung, auf fremde Hilfe zu viel zu vertrauen. Immer wieder wird der Arbeiterschaft zu Gemüte geführt, daß sie in erster Linie den Kampf gegen das Kapital doch aus eigener Kraft führen muß. Das zeigt sich auch jetzt wieder. Immer mehr wird die Forderung erhoben, die Arbeiterschaft solle den Kampf einstellen, im gläubigen Vertrauen auf die Regierung die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen. Da hat man den schlagenden Beweis für die Verständnislosigkeit oder, ferner, das Zentrum in Betracht kommt, für das politische Falschspiel dieser

„Volkspartei“, gegenüber dem großen sozialen Problem, das dieser Kampf aufrollte. Noch bei keinem wirtschaftlichen Kampfe standen sich die beiden sozialen Weltanschauungen Patriarchalismus und Konstitutionalismus in so grundsätzlicher Weise gegenüber als jetzt. Das ist der Kardinalpunkt bei diesem gewaltigen, gigantischen Ringen, ob das Herrenprinzip ungeschwächt aus dem Kampfe hervorgeht oder ob die Arbeiterwelt in dem Bestreben, die Anerkennung der Gleichberechtigung zu erkämpfen, siegreich ist.

Daß nun mit einem Schlage gerade bei der mächtigsten und sozial brutalsten Industriegruppe die Anerkennung der Organisation errungen werde, das hat wohl der kühnste Optimist nicht erwartet. Aber ein gewaltiges Stück ist man vorwärts gekommen — grundsätzlich hat sich die Regierung auf den Boden der Anerkennung der Organisationen gestellt, indem sie es übernahm, ein Verhandeln zwischen der Vertretung der Unternehmer und der Arbeiter zu vermitteln. Die Konsequenz dieses Schrittes der Regierung ist die gesetzliche Verwertung ihrer gewonnenen Überzeugung. Nachdem der erste Schritt getan ist, kann die Regierung nicht mehr zurück, sie muß vorwärts. Auf diese Weise würde man indirekt zu dem Preise gelangen, den die Kohlenmagnaten der Arbeiterschaft stolz verweigern. Das ist die nicht leicht zu überschätzende Bedeutung dieses Kampfes. Ohne das mit dem Arbeiterinteresse getriebene Falschspiel der ultramontanen Drahtzieher würde die Bergarbeiterchaft wahrscheinlich dem Grubenfeudalismus auch direkte Zugeständnisse abzwängen. Dem wird jetzt vorzubeugen gesucht durch Klumacherei der Arbeiter in der ultramontanen und „freisinnigen“ Presse. Allerdings, was bisher errungen ist, das kann man der Arbeiterschaft nicht wieder entreißen und man wird nicht verhindern können, daß, wenn das Kapital die Forderungen der Arbeiter in der Praxis nicht respektiert und die in Aussicht gestellte Novelle nicht das bringt, was unter allen Umständen gefordert wird, dann der Kampf von neuem ausbricht.

Das ist die hervorragende Bedeutung dieses Kampfes, daß er die Frage der Anerkennung der Arbeiterorganisation in das Licht der allgemeinen Kulturbewegung gerückt hat, die Arbeiterbewegung als einen Kulturfaktor hat erkennen lassen, auf dem das Wohl der Gesamtheit beruht. Wie kaum je eine Bewegung zuvor, hat dieser Kampf das Klassengefühl geweckt und gestärkt, die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge dem Verständnis weiter Kreise näher gebracht.

Von welcher einschneidender wirtschaftlicher Bedeutung der Zustand ist, das tritt im Auslandsgebiet schon rein äußerlich in Erscheinung. Hier ist nicht nur der Hauptfundort der Kohle, hier ist auch sein hauptsächlichstes Verwendungsgebiet. Die Eisenindustrie, die Hauptverbraucherin der Kohle ist hier zu höchster Blüte gelangt. Das ganze Industriegebiet ist wie besät von Zechen- und Fabrikanlagen. Schlot reißt sich an Schlot, ein Wald von Schornsteinen bietet sich dem Auge dar. Und in normalen Zeiten sind die Schornsteine Rinder eines intensiven, industriellen Lebens. Aus Laufenden Schindeln qualmt, raucht und dampft es, das dem Auge oft der Blick in das Firmament verwehrt ist, über dem ganzen Ruhrrevier lagert eine dicke, gelbliche Atmosphäre, hellleuchtend schießen aus den Ofen gewaltige Feuergarben empor, in deren gespenstigem Scheine die eifrig schaffenden Proletarier wie Schatten sich ausnähmen. Auf den Straßen und besonders auf der Eisenbahn ein sinnverwirrendes Getriebe — ein Jagen nach dem Glück. In endlosen Zügen rollen die Kohlenzüge dahin, überall geschäftiges Leben. Morgens, mittags und abends bevölkern Tausende, Hunderttausende Proletarier die Straßen, die zu den Werken führen. Die Signale ertönen, dann sind die Hunderttausende eingesperrt, unter der Fuchtel des Kapitals sehen sie ihre Arbeitskraft ein, um selbst das nackte Leben zu fristen, während die modernen Stavenhalter märchenhafte Gewinne einstreichen.

Und nun alles öde und tot. Nur noch wenigen Schornsteinen entquillt schmüger Qualm und Rauch, alle Zechen und Fabriken liegen still. Die meisten Ofen sind erkaltet, selten noch schießen Feuergarben empor. Bei Schichtwechsel sieht man nur wenige Gestalten dahineilen, die sonst so belebten Straßen sind und bleiben leer. Überall Ruhe und Stille! Hier und da läßt sich ein Wendenblicken, der Streikbrecher schützen soll — und es ist nichts zu schützen. Streikende steht man gewöhnlich nur, wenn sie zur Versammlung eilen oder zum Streikbureau. Dasselbe Bild der Öde und Stille auf der Eisenbahn. Die Kohlenzüge sind verschwunden, man sieht nur leere Wagen und leere Geleise. Der Einnahmeausfall für den Bergbau dürfte sich auf 2 bis 2½ Millionen Mark pro Tag belaufen, rechnet man die Minusproduktion in den Eisenwerken hinzu, dann wird eine Gesamtsumme von 3 Millionen Mark herauskommen. Das ist von ungeheurem Einfluß auf das gesamte Erwerbsleben, liegt auf der Hand. Die Geschäftsläden sind leer, verödet die Hotels, die Wirte haben Feiertag, überall machen die Folgen des Streiks sich bemerkbar.

Ganz besonders wird auch die Metallarbeiterchaft vom Streik betroffen. Gleich mit Einsetzen des Streiks mußten viele Fabriken die Betriebe einschränken; einen Nothelfer schuf man in Beschaffung belgischer Kohle. Nachdem aber nun auch in Belgien der Streik ausgebrochen ist, hört die Zufuhr auf und die Betriebseinschränkungen bei den Eisenwerken nehmen umfangreichere Dimensionen an. Viele Werke kündigen ihren gesamten Arbeitern, andere legen nur Feiertage ein. 40000 bis 50000 Metallarbeiter sind jetzt schon mehr oder minder stark durch den Bergarbeiterstreik in Mitleidenschaft gezogen und die Nachwehen werden noch lange zu spüren sein. Betsuch gesuchte man, Metallarbeiter als Streikbrecher zu gewinnen, mit verschwindenden Ausnahmen ist diese empfindende Summation mit Enttäufung zurückgewiesen worden. Mit Stolz kann hervorgehoben werden, daß der ehrliche Charakter der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet sich bei diesem Kampf glänzend bewährt hat, unbesetzt hat man Ehre und Selbstachtung erhalten.

#### Die neuen Handelsverträge.

Was nach dem Inhalt des neuen deutschen Zolltarifs als selbstverständlich erwartet, besser besüchtigt werden mußte, ist nun zur Tatsache geworden, nämlich der Abschluß schlechter neuer Handelsverträge. Die deutsche Regierung ist auf dem Gebiet der internationalen Zollpolitik die Führerin geworden, sie hat darin die amerikanische Regierung abgelöst, die in den neunziger Jahren mit den MacKinley- und Dingley-Tarifen sich an die Spitze der Hochschutzzöllnerie gestellt hatte. Die deutsche Regierung hatte jahrelange Vorbereitungen zur Aufstellung des neuen Zolltarifs getroffen, für die der leitende Gedanke die maßloseste Steigerung der Hochschutzzöllnerie war. Die agrarischen und industriellen Hochschutzzöllner spornten sie dazu noch immer durch ihr lärmendes Geschrei an und so kam in der Nacht des 13. Dezember 1902 unter gewissenlosen Bruch der Geschäftsordnung und unter brutaler Vergewaltigung der oppositionellen Minderheit der neue Zolltarif rechtswidrig zustande, der alles Bestehende auf diesem Gebiet weit hinter sich ließ. Die Folge davon war, daß andere Länder den neuen deutschen Zolltarif als Muster für die Aufstellung ihrer neuen Tarife benutzten und so ähnliche Zollschranken überall aufgerichtet wurden. Diese neuen Tarife mit ihren fast durchwegs und bedeutend erhöhten Zollansätzen dienen nun als Grundlagen für die Verhandlungen zur Erneuerung der Handelsverträge, die unter allen Umständen für die Industrie, den Handel und die millionenköpfige Masse der Konsumenten viel ungünstiger herauskommen mußten als die bestehenden Handelsverträge sind.

Die von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichte vorläufige Übersicht über den Inhalt der neuen Handelsverträge zeigt nicht nur, wie gerechtfertigt alle bezüglichen Befürchtungen waren, sondern, daß sie von der Wirklichkeit noch weit übertroffen werden, und dabei bestreift sich das offiziöse Blatt der ihm gestellten Aufgabe gemäß noch, die neuen Handelsverträge in tendenziös schönfärbischer Weise unter Hervorhebung der wenigen Lichtpunkte und Verschweigung der schwersten Nachteile darzustellen. Zutreffend sagt denn auch die Frankfurter Zeitung, daß diese neuen Handelsverträge nicht den Zweck haben, den Verkehr zu fördern, die Stellung der einheimischen Industrie zu erleichtern und die wirtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Länder zu einander zu stärken, sondern im Gegenteil den Verkehr zu unterbinden und die Stellung der eigenen Produktion zu erschweren. „Es sind Verträge zur möglichsten Verhinderung des internationalen Handels.“

Die Veröffentlichung des offiziellen Berliner Blattes betrifft die Verträge mit Belgien, Rußland, Rumänien, der Schweiz, Italien, Österreich-Ungarn und Serbien, also sieben Verträge. Mit Spanien ist ein neuer Vertrag noch nicht abgeschlossen, mit Griechenland soll der bestehende Vertrag aufrecht erhalten werden. Der Handelsverkehr Deutschlands mit den sieben Vertragsstaaten war in den Jahren 1898, da die Caprivischen Handelsverträge in Kraft gesetzt wurden, und 1903 folgender:

|                             | Einfuhr in Millionen Mark | Ausfuhr |
|-----------------------------|---------------------------|---------|
| Belgien . . . . .           | 1898 189,86               | 147,75  |
| „ . . . . .                 | 1903 207,39               | 267,98  |
| Italien . . . . .           | 1898 149,68               | 85,41   |
| „ . . . . .                 | 1903 200,08               | 186,08  |
| Österreich-Ungarn . . . . . | 1898 580,24               | 420,54  |
| „ . . . . .                 | 1903 754,80               | 530,60  |
| Rumänien . . . . .          | 1898 83,94                | 45,57   |
| „ . . . . .                 | 1903 63,44                | 37,60   |
| Rußland . . . . .           | 1898 353,44               | 184,59  |
| „ . . . . .                 | 1903 826,25               | 378,56  |
| Schweiz . . . . .           | 1898 143,69               | 187,86  |
| „ . . . . .                 | 1903 171,82               | 304,12  |
| Serbien . . . . .           | 1898 6,92                 | 3,49    |
| „ . . . . .                 | 1903 8,83                 | 6,97    |

Der Vergleich der Angaben aus den beiden Jahren zeigt, wie innerhalb dieses Jahrzehntes der Handelsverkehr gewaltig gestiegen. Nur Rumänien allein macht eine Ausnahme, der Handelsverkehr Deutschlands mit ihm ist sowohl in der Einfuhr als auch in der Ausfuhr zurückgegangen. Aus dem Aufschwung des deutschen Waren-austausches ergibt sich, wie gut die Caprivischen Handelsverträge waren und wie frivoll es ist, diese bewährte Handelspolitik gegen die neue ruinöse Hochschutzzöllnerie preiszugeben. Das offiziöse Blatt kann denn auch trotz aller Verschönigungsversuche nicht umhin, zu konstatieren, daß mit dem neuen Zolltarif die Unterhandlungen zur Erneuerung der Handelsverträge sehr schwierig zu führen waren. Allgemein bekannt ist, daß die Verhandlungen mit der Schweiz mehrmals auf des Messers Schneide sich bewegten und der Abbruch nahe lag und daß mit Österreich tatsächlich die Verhandlungen scheiterten und erst ein zweiter Anlauf zum Ziele führte.

Die Dauer der neuen Verträge läuft bis zum Jahre 1917, in Kraft sollen sie zum Teil am 1. Januar 1906 beziehungsweise 1. Juli 1906 treten.

Neu ist in allen Verträgen die Schiedsgerichtsklausel, durch die die geordnete Erledigung von Tarifstreitigkeiten vorgegeben wird. Speziell handelt es sich dabei um die schiedsgerichtliche Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten über die Auslastung oder Anwendung der Vertragstarife einschließlich der Zusatzbestimmungen, sowie der Zollfrage der von den vertragsschließenden Seiten mit dritten Staaten vereinbarten Vertragstarife. Die Möglichkeit, die Kompetenz des Schiedsgerichtes weiter auszubehnen, ist vorgezogen.

Von den von dem offiziellen Berliner Blatte über den Inhalt der neuen Handelsverträge mitgeteilten Einzelheiten interessieren unsere Leser zunächst die Parteien über die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie. Es wird nun da zur Beleuchtung des neuen Handelsvertrags mit Österreich-Ungarn folgendes ausgeführt:



Unsere Eisenindustrie konnte schon seit her Roberzeugnisse und Halbfabrikate nach Österreich-Ungarn wegen der dortigen sehr hohen Zölle nur in verschwindendem Umfang ausführen. Eine Herabminderung dieser Zölle war nach Lage der Sache nicht erreichbar. Ihre Wiedereinführung in den Vertrag in im wesentlichen unveränderter Höhe wurde von Österreich-Ungarn als Vorbedingung für Konzessionen für die Fertigfabrikate gefordert. Unter den von uns nach Österreich-Ungarn ausgeführten Fertigfabrikaten aus Eisen ragen an Bedeutung hervor, die Erzeugnisse der Kleiseisenindustrie. Sie wird in Zukunft mit teilweise erhöhten Zöllen zu rechnen haben. Aber diese Erhöhungen erscheinen doch wohl nicht erheblich genug, um den Absatz nachhaltig zu schädigen. Für die übrigen Eisenwaren gilt im wesentlichen das Gleiche. Eine starke Erhöhung haben die Nähmaschinen erfahren, die sich indessen in Zukunft auch in Deutschland eines erheblich erhöhten Schutzes erfreuen werden. Die Waren aus anderen metellen Metallen, wie Blei, Zinn, Zink, Kupfer, Nickel, Aluminium und aus Metalllegierungen haben im neuen österreichisch-ungarischen Tarifentwurf eine weitgehende Umfassung erfahren. Es ist gelungen, die neuen autonomen Sätze soweit herabzumindern, daß ungeachtet der neuen der teilweise hochentwickelten eigenen Industrieerzeugung die Fortbewegung unseres derweiligen sehr erheblichen Exportes als im wesentlichen nicht gefährdet bezeichnet werden kann.

Ein besonders heiß umkämpftes Gebiet war dasjenige der österreichischen Maschinenzölle. Österreich-Ungarn, das schon bisher recht hohe Maschinenzölle hatte, hat diese im Tarifentwurf noch wesentlich begünstigt. Es ist zwar gelungen, diese autonomen Sätze im wesentlichen herabzumindern, immerhin bleiben für die meisten Maschinen Wertserhöhungen, die für diese nicht unbedeutend erscheinen können. Indessen dürfte doch gerade bei den für uns wichtigsten Maschinengruppen weniger Anlaß zu Besorgnissen vorliegen. Für die schweren Holzbearbeitungsmaschinen ist der Satz von 11,90 Kr. auf nur 18,50 Kr. erhöht worden. Für die Drehmaschinen ist der Satz mit 10 Kr. unverändert geblieben. Für die Meßschiebe ist er allerdings auf 14 Kr. erhöht. Aber mit diesen Maschinen ist auch unsere sächsische Industrie wegen des bedeutenden inländischen Absatzes außerordentlich lebhaft beteiligt. Für die Nähmaschinenzölle ist der bisherige Satz mit 60 Kr. im wesentlichen unverändert geblieben. Nur die wichtige Position der besonders benannten Maschinen, die nunmehr nach dem Stückgewicht der Maschinen getaxiert ist, weist allerdings für die leichteren und mittelschweren Maschinen erhöhte Sätze auf, für die Maschinen von 50 bis 100 Doppelzentner über den derzeitigen Zoll von 18 Kr. und für die schweren Maschinen von über 100 Doppelzentner Stückgewicht einen ermäßigten Satz von 16 Kr. Übrigens kommt hier sehr in Betracht, daß auch der neue deutsche Tarif dieser Abzählzölle enthält und daß diese Erhöhungen auch in den weiter abgeschlossenen Verträgen zu einem großen Teile aufrecht erhalten sind.

Mit sehr erheblichen Zollerhöhungen hat der neue österreichisch-ungarische Tarifentwurf die Erzeugnisse der elektrotechnischen Industrie bedacht. Auch hier sind die Sätze im Vertrag wesentlich herabgemindert worden. So für Dynamomaschinen, ferner für Telephone und Mikrophone im Stückgewicht unter 5 Kilogramm von 240 Kr. auf 140 Kr. und für die Startstromapparate in Dosen und dergleichen von 180 auf 150 Kr. Allerdings verbleiben bei diesen wichtigen Artikeln immerhin noch nicht unbedeutende Erhöhungen.

Für unsere leonische Industrie ist bei den im Verhältnis zum Werte der Ware nur mäßig hohen, wenn auch teilweise erhöhten Sätzen eine Gefährdung des Exportes wohl nicht zu befürchten. Dagegen wird die deutsche Edelmetall-Industrie mit erheblichen erhöhten Sätzen zu rechnen haben. Für die Goldwaren dürfte wohl der neue Vertragsatz von 24 Kr. pro Kilogramm bei dem geringen Zollbruchteil, der namentlich bei der Bijouterie auf das Einzelstück entfällt, nicht sehr wirksam sein. Für die Silberwaren aber werden die Erhöhungen schwerer ins Gewicht fallen. Andererseits muß es aber doch — und namentlich angesichts der Festigkeit, mit der Österreich-Ungarn seinerzeit auch hier gerade bei der Ausrechterhaltung des so wesentlich gesteigerten Zollschutzes bestand — als ein bedeutender Erfolg bezeichnet werden, daß es, abgesehen von ausserordentlichen Konzeptionen für Bestecke und Söfel, auch gelungen ist, den autonomen Satz von 30 Kr. pro Kilogramm sehr erheblich herabzumindern, für Double-Waren auf 10 Kr., für flache Schüsseln und Teller und andere veraltete flache Gegenstände auf 12 Kr. und für den Rest der Silberarbeiten in einer Staffelnung nach dem Stückgewicht auf 12 bis 16 Kr. Für medizinische, mathematische und physikalische Instrumente sind teilweise etwas erhöhte Sätze eingestellt. Diese treffen aber einige sehr wertvolle Exportwaren, die durch den Zoll nur gering belastet sind. Auch auf Klaviere und Harmoniums konnte der erhöhte autonome Satz nicht wieder auf die bisherige vertragsmäßige Höhe, sondern nur bis auf 70 Kr. gebracht werden. Die Uhren und Schmuckwaren werden gleichfalls höhere Zölle als bisher zu tragen haben. Die Schwarzwälder Uhren 130 Kr., die anderen Uhren 260 Kr. und die Schmuckwaren gleichfalls 130 Kr. Dagegen sind die Uhrengehäuse und die Triebe mit eingesezten Zapfen und eingewinkelten Nadeln wieder den übrigen Schmuckwaren gleichgestellt.

Über den Vertrag mit der Schweiz wird gefolgt:  
In der Kategorie Metalle erscheint zuerst gegossenes oder kaltgenaltes Eisen mit einer Erhöhung von 0,50 Fr. für rohes Eisen, und dem alten Satz für das unferne Ausnahmestück wesentlichere Verhältnisse, vermindert u. f. m. Eisen. Bei Eisenbahnmaterial (Ausfuhrwert 2,8 Millionen) erhöhen sich Eisenbahnschienen und Schwellen nicht gelocht und nicht gebogen auf 2 Fr., gelocht und gebogen auf 3 Fr., Zahnstangen u. f. m. auf 4 Fr. Wesentlich ermäßigt und zwar zum größeren Teil unter dem derzeitigen Satz sind die autonomen Zölle für fertige Maschinen, Häder, Handbandagen, Nadeln, Federn, Klaviere, Untergerüste, Signalgehäuse und für Locomotiv- und Unterlagensplatten. Bei Achsgabeln, Stremwellen, Stemmplatten, Kuppelungen, Pumpen, Zughaften, Buchsen, Schienenrollen und Schrauben und dergleichen verbleibt es bei dem bisherigen Zollfuß. Von Röhren und Röhrenverbindungsstücken (Ausfuhrwert 3,2 Millionen) bleibt für den weitaus größeren Teil der Ausfuhr von Röhren der Zollfuß von 0,60 Fr. unverändert. Zudem bisher mit 4 Fr. zollpflichtige Sabelträger jetzt unter diese Position kommen, tritt eine nicht unbedeutende Verbesserung ein. Dagegen werden Röhrenverbindungsstücke künftig einen höheren Zoll von 6 und 8 Fr. zu tragen haben. Aus den Positionen für Werkzeuge ist hervorzuheben, daß dem bisherigen Zoll von 7 Fr. für Säge, Sichel, Gabeln künftig auch verzierte und verzierte Waren, die bisher 25 Fr. zu zahlen hatten, unterliegen werden. Auch für bessere landwirtschaftliche und Gartenwerkzeuge ist eine Ermäßigung erzielt, der aber eine gleiche Erhöhung für die größeren Waren gegenübersteht. Messerschmiedwaren werden mit 50 Fr., fertige Sägen und Bekandete wie bisher verollt. Für Kupfer sind die meisten alten Vertragspositionen wieder erreicht. Änderungen treten ein für Kabel, wo wir gegenüber den neuen autonomen Erhöhungen Ermäßigungen durchgesetzt haben, die für die nach hauptsächlich in der Eisenindustrie spezialisierten Sätze in Höhe von 2 Fr. über den bisherigen Zoll bringen. Für isolierte Drähte hat sich gegenüber dem autonomen auf 30 Fr. erhöhten Zoll eine weitere Ermäßigung als auf 18 Fr. nicht erreichen lassen. Erhöht sind auch die Zölle für Glöten und Schellen, abgesehen von Ringglöden und für nicht besonders genaute Waren aus Kupfer und Kupferlegierungen, während nicht besonders genaute Bronzewaren wie bisher verollt werden. In den Positionen für Blei, Zinn, Zink, Nickel, Aluminium werden ermäßigt die Sätze für alle Buchdrucklettern auf 1 Fr., Bierglasdeckel auf 15 Fr. gegen jetzt 20 Fr.; erhöht die Sätze für Blei in Blech, Röhren, Draht auf 2 Fr., polierte, bemalte u. f. m. Zinnwaren auf 30 Fr., rohe Zinnwaren auf 15 Fr., polierte u. f. m. Zinnwaren außer Bierdeckel auf 45 Fr., plattierte, vergoldete oder verplattete Waren auf 70 Fr. Die übrigen Vertragspositionen bleiben unverändert.

Für Kategorie Maschinen, mechanische Geräte und Fahrzeuge ist zu bemerken, daß es angesichts der Zollerhöhungen des deutschen Tarifs auf dem Gebiet der Maschinenzölle nicht möglich gewesen ist, überall die Sätze des bisherigen Vertragsatzes wieder

zu erreichen. Es ist deshalb der Versuch gemacht worden, die Zölle für Maschinen gegenseitig so zu regeln, daß den Erhöhungen auf der einen Seite gleichwertige Erhöhungen auf der anderen Seite gegenüberstehen. Auf diese Weise haben beide Teile geglaubt, den von ihnen zu vertretenden Interessen am besten gerecht zu werden. Unverändert bleiben von den Vertragspositionen für Maschinen die folgenden: Dampf- und elektrische Lokomotiven und Tender (Ausfuhrwert 61000 Fr.), Spinnereimaschinen, Webereimaschinen, Buchdruck- und Buchdruckereimaschinen, Waagen, Platten und Stiche für den Druck. Treibriemen aller Art mit Ausnahme solcher aus Leder und Kautschuk, Kraken und Krakenbeschläge, Strick-, Wirk- und Vertikalmaschinen, Stichtmaschinen und Fädelmaschinen zählen 10 Fr. Nähmaschinen 8, Mäckergerät 7, hauswirtschaftliche Maschinen 6, landwirtschaftliche Maschinen, nicht anderweitig genannt, 7 Fr. — Die in den weiteren Positionen 894 bis 898 vereinigtgen Maschinen haben bisher gleichmäßig einen Zoll von vertragsmäßig 4 Fr. bezahlt. Der neue Tarif hat für alle diese Maschinen nach dem Gewicht abgestufte höhere Sätze eingestellt, die zwischen 8 und 20 Fr. schwanken. Im Vertragsweg ist im Zusammenhang mit der Gestaltung der deutschen Maschinenzölle eine Ermäßigung dieser Sätze auf 5 bis 14 Fr. für dynamoelektrische Maschinen und für elektrische Transformatoren und auf 5 bis 16 Fr. für den Rest der unter 894 bis 898 genannten Maschinen erreicht worden, und zwar derart, daß künftig für schwere Maschinen (50000 Kilogramm und darüber) 5 Fr., für leichte (weniger als 100 Kilogramm) 14 beziehungsweise 16 Fr. zu entrichten sein werden. Der Fahrradzoll ist jetzt Stückzoll, nämlich 12 Fr. für Bicycles und Tenderns 25 Fr., für Tricycles u. f. m., gegenüber dem jetzigen Gewichtszoll jedenfalls für Zweiräder keine Erhöhung fahradbestandteile werden wie bisher verollt. Auch Eisenbahnwagen behalten ihre alte Situation. Für Uhren ist ein Einheitsatz von 20 Mk. erzielt, der für einen Teil des Exportes die alte Lage erhält, für einen anderen noch eine Verbesserung bringt. Bei den für unsere Ausfuhr wichtigen Positionen der Instrumente und Apparate verbleibt es im allgemeinen bei den bisherigen Sätzen. Es erhöhen sich jedoch die Sätze für Meßzeuge auf 70 Fr., photographische Apparate auf 20 Fr., Mikroskope, Stereoskope, Ferngläser auf 60 Fr., Gasmesser, Kassenkontrollapparate, Rechenmaschinen auf 20 Fr., Wassermesser auf 12 Fr. Immerhin bleiben diese Sätze erheblich hinter den autonomen Sätzen zurück und dürften unserer Ausfuhr nicht hinderlich sein. Für Instrumente und Apparate für angewandte Elektrizität sind gleichfalls Vertragsätze erzielt, deren Erhöhungen kaum ins Gewicht fallen. Pianoz, Klaviere und Orgeln mit Zöllen von 40 und 35 Fr. werden auch künftig den Export namentlich besserer Instrumente lohnen. Für Harmoniums, Orgelstimm, fertige Bestandteile von Musikinstrumenten, Saiten und Musikwerke bleiben die alten Sätze. (Schluß folgt.)

### Die schwedische Eisen- und Metallindustrie in der offiziellen Statistik.

Vor zirka drei Jahren hatten wir die Gelegenheit, in der Metallarbeiter-Zeitung den damals erschienenen Bericht über die offiziellen Erhebungen über die größeren Betriebe in der schwedischen Metallindustrie zu besprechen, wobei wir kurz die Geschichte der Arbeiterstatistik in Schweden streifen konnten. Seitdem hat die Metallarbeiter-Zeitung über 100000 neue Leser erhalten. Es wird also notwendig sein, bei der heutigen Besprechung des hohen erschienenen zweiten Bandes eine kurze Wiederholung zu bringen.

Die Arbeiterstatistik oder, wie sie dort offiziell benannt wird, Arbeitsstatistik, war in Schweden bis dahin nicht ein fortlaufendes Ganzes. Der Reichstag bewilligte, wenn wir nicht irren, zum ersten Male im Jahre 1896 eine Summe von 10000 Kronen (11250 Mk.) zu einer Erhebung über die Bekerei. 1898 folgte eine Erhebung über die Zablindustrie. In den Jahren 1899 bis 1900 kam die Metallindustrie an die Reihe und zwar die eigentlichen Großbetriebe; die Erhebungen in den Jahren 1901 bis 1902 befaßten sich nun mit dem übrig gebliebenen Teile, den kleineren eigentlichen mechanischen Werkstätten sowie gewissen Spezialwerkstätten etc., wie der jenseits erschienenen offiziellen Bericht angibt. Leider beider Untersuchungen war Dr. Henning Elmquist, der umsichtige und weischauende Organisator der schwedischen Arbeiterstatistik.

Der jenseits erschienene Bericht über die letzte Untersuchung gibt ein ungemein interessantes Bild der schwedischen Metallindustrie. Man möchte die beiden Bände der ersten und der zweiten Untersuchung ein köstliches Wert von bleibender Bedeutung nennen. Wir nennen nur, ganz abgesehen von den etwa 350 Seiten Tabellenwerk des letzten Bandes, folgende Gegenstände der letzten Erhebung: der Betriebsartenbetrieb, Beschaffenheit der Arbeitslokalitäten; das Verwaltungsorgan; die Arbeiter, verteilt nach Arbeitsstellen und Berufsspezialitäten etc., ihr Alter und Wohlstand, ihre Kinder, ihr Geburten, Berufs des Vaters, eigener früherer Beruf; genossener Unterricht; Alter beim Eintritt in den Beruf, wie lange beim jetzigen Arbeitgeber in Arbeit; Wohnungsverhältnisse, Arbeitszeit, Lohnverhältnisse, Organisationswesen, Kranken-, Sterbe- und andere Untersuchungs-fälle; Kranke, Todesfälle, Unfälle; und schließlich noch eine ausführliche Abhandlung über die Arbeitslokalitäten.

Was uns da besonders interessiert, ist die Frage der organisierten Eisen- und Metallarbeiter und der Unternehmer. Der diesbezügliche Abschnitt ist mit größter Sorgfalt bearbeitet, der Bedeutung der Organisation innerhalb einer Industriebranche gemäß, oder richtiger gesagt, innerhalb der gesamten Produktion.

Die Zahl der Betriebe, die von den vierjährigen Erhebungen umfasst wurden, beträgt insgesamt 138 mit einer Gesamtarbeiterzahl (nach der Fabrikstatistik) im Jahre 1900 von 27.019; im Jahre 1899 betrug diese Zahl 26811 — und im Jahre 1901 — während der schweren wirtschaftlichen Depression — 24846. Bei den statistischen Erhebungen wurden insgesamt 23207 Arbeiter angetroffen, das ist bei der ersten Erhebung 12060 oder 86,7 Prozent, und bei der zweiten 11147 oder 96,6 Prozent. Der gesamte Produktionswert dieser 138 Betriebe betrug 77514763 Kr., davon Güter 11809079 Kr. und Manufakturwaren 3841667 Kr. u. f. m. über die Größe der Betriebe erfahren wir, daß im Jahre 1900 15 Betriebe über 500 Arbeiter oder zusammen 11394 beschäftigten, 9 Betriebe zwischen 300 bis 500 Arbeiter oder zusammen 3197, 4 Betriebe zwischen 100 bis 300 Arbeiter oder zusammen 7518, und schließlich 70 Betriebe mit weniger als 100 Arbeitern oder zusammen 3910. Der Produktionswert der vier Gruppen betrug in der ersten 38332098 Kr., in der zweiten 9907503 Kr., in der dritten 19959611, in der vierten 9115556 Kr. Die 15 Großbetriebe mit über 500 Arbeitern in der ersten Gruppe produzierten also den Werte nach genau ebensoviel, wie die 123 kleineren, obgleich die letzteren zirka 2000 Arbeiter mehr beschäftigten, die aber auch nicht als Kleinbetriebe zu betrachten sind. Von den 138 Betrieben waren nicht weniger als 101 oder etwa 75 Prozent Eigentum von Aktiengesellschaften. Der Zug zur Großindustrie ist also unumkehrbar ein ganz gewaltiger. Die Umwandlung in Aktiengesellschaften ist besonders seit 1891 vor sich gegangen, von 74 in den Besitz von Aktiengesellschaften übergegangen Betrieben haben gerade die Hälfte oder 37 diese Veränderung seit 1891 erfahren, und von 27 durch Aktiengesellschaften errichteten Betrieben sind 15 seit 1891 entstanden.

Die Zahl der Beschäftigten, die bei der letzten Untersuchung anwendbar, das heißt erschöpfendes Material geliefert haben, beträgt 35 von 106. Sie verteilen sich auf folgende Produktionspezialitäten: a) Elektrische Maschinen und Apparate, 6 Betriebe mit 2458 Arbeitern; b) Drehereimaschinen, 3 Betriebe mit 1016 Arbeitern; c) Sägen, Hob-, und Strickmaschinen, 6 Betriebe mit 444 Arbeitern; d) Holze-, besonders Arbeitsmaschinen, Gewerkschaften etc., 16 Betriebe mit 1908 Arbeitern; e) Landwirtschaftliche Maschinen etc., 64 Betriebe mit 5688 Arbeitern. Bei der letzten Gruppe ist zu bemerken, daß außer der Produktion landwirtschaftlicher Maschinen eine ausgeprägte Spezialproduktion von ihr nicht betrieben wird. Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter betrug in diesen Betrieben 11564. Erwähnenswert dürfte auch sein, daß diese Arbeiterzahl an nicht weniger als 656 Maschinen zur Verarbeitung von Metall und 565 zur Verarbeitung von Holz beschäftigt war, ein Zeichen dafür, wie

innerhalb der modernen Produktion der einzelne Arbeiter nur zu einem Bestandteil der Maschine wird.  
Von besonderer Interesse ist nun die Lage der Arbeiter, die Höhe ihrer Löhne, die Dauer der Arbeitszeit u. f. m. Wir erfahren da, daß von 6134 Arbeitern 11,5 Prozent ein Jahreseinkommen von über 1500 Kronen hatten; 17,4 Prozent von 1200 bis 1500 Kr., 42 Prozent von 800 bis 1200 Kr., 21,4 Prozent von 500 bis 800 Kr., 7,7 Prozent von unter 500 Kr. Jahreseinkommen zu verzeichnen hatten. Demnach hatten von 6134 Arbeitern 70,9 Prozent ein Jahreseinkommen von über 800 Kr., das heißt sie hatten den Lebenslohn erreicht oder überschritten, von dem das schwedische Reichstagsgesetz als recht abhängig ist. Das gibt in einer gewissen Beziehung für die politische Bewegung der schwedischen Arbeiterpartei zu denken. Bei der letzten Reichstagswahl brachte es die Arbeiterpartei auf etwa 10000 bis 12000 Stimmen, wenn wir nicht irren. Treffen diese Jahreseinkommenszahlen auch für eine Reihe anderer Berufe zu, so gibt es da noch ein großes Feld zu beackern.

Bezüglich der Wochenlöhne betragen diese für 2171 von 8099 Arbeitern zwischen 18 und 24 Kr., für 841 Arbeiter 24 bis 30 Kr. und für 698 Arbeiter über 30 Kr. pro Woche. Die übrigen hatten einen niedrigeren Wochenlohn als 18 Kr. Hierbei ist indessen zu bemerken, daß es sich nur um die reinen regulären Wochenlöhne ohne Ertragsbezüge handelt. Im großen und ganzen aber kann man die Steigerung der Löhne in den letzten 20 Jahren nicht als auch nur annähernd befriedigend bezeichnen. Während zum Beispiel die Forme im Jahre 1879 einen Maximalwochenlohn von 24 Kr. und einen durchschnittlichen Wochenlohn von 15,12 Kr. bezogen, betrug ihr durchschnittlicher Wochenlohn im Jahre 1900 18,21 Kr. Bei den Schmieben war das Verhältnis 15,12 Kr. im Jahre 1879 und 19,28 Kr. im Jahre 1900. Etwas weiter waren die Dreher gekommen, von 14,40 Kr. im Jahre 1879, auf 21,38 Kr. im Jahre 1900. Wenn man die ungeheure Steigerung der Lebensunterhaltungskosten, der Ansprüche, die die Gesellschaft an jedes Individuum stellt, die erhöhte Unsicherheit der Existenz, die steigende Unmöglichkeit, sich eine selbstständige Existenz zu schaffen, die mit der industriellen Entwicklung verbundenen Gefahren für die Arbeiter an Leben und Gesundheit etc. in Betracht zieht, so kann von einer gesteigerten „Wohlfahrt“ der Arbeiter überhaupt nicht die Rede sein. Und noch schlechter fällt der Vergleich aus, zieht man diese Löhnsprograsse heran, die heute von Seiten, die mit der produktiven Tätigkeit selbst nicht das geringste zu tun haben, eingeführt werden.

Die Arbeitszeit hat allerdings eine, wenn auch langsam vor sich gehende Verkürzung erfahren. Etwa 61 Prozent von 10752 Arbeitern haben eine reguläre Arbeitszeit von 60 Stunden pro Woche und darunter. Davon 12,5 Prozent 54 bis 57 Stunden und 15,9 Prozent von weniger als 54 Stunden. Auch ist in den letzten Jahren in vielen Fällen die Arbeitszeit am Sonnabend um eine Stunde verkürzt worden. — Der Beginn der täglichen Arbeitszeit war in 31 Werkstätten morgens 6 Uhr, in 19 Werkstätten halb 7 Uhr, in 41 Werkstätten 7 Uhr und in 3 Werkstätten halb 8 Uhr beziehungsweise 8 Uhr morgens. Bezüglich der Überzeitarbeit haben 48 Werkstätten angegeben einen um 25 Prozent erhöhten Stundenlohn, 2 Werkstätten 20 Prozent, 2 Werkstätten 30 Prozent, 4 Werkstätten 33 und 33 1/2 Prozent, und 7 Werkstätten 50 Prozent erhöhten Stundenlohn für Überzeitarbeit zu zahlen. Der Zuschlag für Nachtarbeit betrug in 35 Werkstätten 50 Prozent, in 12 Werkstätten 20 und 25 Prozent, in 3 Werkstätten 30 und 33 Prozent und in 2 Werkstätten 100 Prozent. Der Zuschlag für Sonntagsarbeit betrug 25 Prozent in 10, 33 und 35 Prozent in 2, 50 Prozent in 33, 75 Prozent in 4 und 100 Prozent in 12 Werkstätten.

Bezüglich der Krankenversicherung wurden insgesamt 54 in Betracht kommende Klaffen vorgefunden, wovon 53 Betriebsklaffen mit 9050 Mitgliedern und eine allgemeine Kaffe, die des Schwedischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes, mit 1915 Mitgliedern. 82 dieser Klaffen zahlen außerdem ein Sterbegeld. Zu den Betriebsklaffen leisten die Arbeitgeber in der Regel einen geringen Beitrag und zwar im Durchschnitt 1,33 Kr. pro Mitglied, während das Mitglied selbst durchschnittlich 7,97 Kr. zu zahlen hat. Der gesetzmäßige Staatszuschlag betrug 0,35 Kr. pro Mitglied an die Betriebsklaffen, 0,38 Kr. an die Krankenkasse unseres Bruderverbandes. Die Zahl der im Jahre 1900 eingetragenen Krankheitsfälle betrug 2966, die Zahl der von den Klaffen geleisteten Tagesunterstützungen 54457. Es braucht nicht weiter hervorgehoben zu werden, daß die Erkrankungen der Atmungsorgane sowie die Lungentuberkulose den überaus größten Anteil an diesen Krankheitsfällen aufzuweisen haben. Bezüglich der Unfallfrequenz wurden 570 Arbeiter angetroffen, welche Angaben, im Laufe der letzten Jahre einen schwereren Unfall erlitten zu haben, davon 396, die für die Folge noch darunter zu leiden haben. Der Bericht hebt aber ausdrücklich hervor, daß die Unfallfrequenz bezüglich der schwereren Unfälle eine erheblich größere ist, was von der Fabrikstatistik bestätigt wird.

Wir müßten es uns erlauben, auf die weiteren Abschnitte, die die Lage der Metallindustrie und die der Arbeiter behandeln, einzugehen. Wir werden in einem zweiten Artikel die Organisation des Unternehmertums wie der Arbeiter kurz skizzieren sowie die Konflikte, die von 1888 bis 1902 durchgeschritten worden sind, berühren. Wir werden sehen, daß die schwedischen Metallarbeiter mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisation sich jeden Fennig Lohnserhöhung erringen mußten und erringen konnten.

### Zum Ausbau unseres Verbandes.

Die Vorlage des Vorstandes in den Nummern 49 und 50 v. J. und ihre Begründung veranlassen mich, hier das Wort zu ergreifen. Die Grundzüge der Vorlage zur Erwerbslosenunterstützung sind dieselben, wie die der vor zwei Jahren von der Generalversammlung abgelehnten Kranken- resp. Erwerbslosenunterstützung. Nur die Form ist diesmal etwas eleganter und die Fiktion künstlerischer. Ich will von vornherein betonen, daß ich vom Standpunkt eines in seinem Beruf arbeitenden Metallarbeiters, der als Mitglied des Verbandes die Wohlthaten der Erwerbslosenunterstützung noch genießen kann, prinzipieller Gegner derselben bin, und zwar deshalb prinzipieller Gegner, weil ich eine derartige Krankenunterstützung nicht mehr als Mittel zum Zweck betrachte, sondern als eigentlichen Zweck selber. Die Einführung dieser Unterstützung bedeutet weiter nichts, wie den Übergang unseres Verbandes zu einer großen Versicherungsanstalt. Ich behaupte dies, und werde in diesem Artikel auch die Beweise für meine Behauptung anführen, trotzdem alle diejenigen, die derartige wagen, von unserem Hauptvorstand (Bezirkskonferenz Berlin) schon im voraus geschmackvoll mit dem von ihm vielleicht nicht höherpendenden Wort „Prinzipienwächter“ belegt werden.

Zunächst nun zur Vorstandsvorlage. Der Vorstand schreibt: Es wäre ein Mißverhältnis entstanden unter den drei Unterstützungsarten, und zwar dadurch, daß verheiratete Mitglieder einen Beitrag zu Umzugskosten erhalten können, Ledige dagegen nicht. Der Vorstand schlägt nun zur Beseitigung dieses großen Mißverhältnisses vor: Trennung der Krankenunterstützung von der Erwerbslosenunterstützung und Vereinigung derselben mit der Umzugsunterstützung, und zwar so, daß Reise- und Umzugsunterstützung gegen einander aufgerechnet werden. Die Unterstützungsjahre dieser beiden Unterstützungsarten sollen dann nur noch die Hälfte dessen betragen, was bisher für die Krankenunterstützung allein bezahlt wurde. Die Folge davon wird sein, daß in Zukunft bedeutend weniger gereist wird, weil die Summe, die als Krankenunterstützung bezahlt wird, eine zu niedrige ist. Der Arbeitslose wird mehr wie bisher am Orte bleiben, in welchem er arbeitslos geworden ist, der längeren Unterstützung wegen. Und selbst, wenn er auf Reisen geht, wird er, weil er bei diesem niedrigeren Unterstützungssatz sehr rasch ausgezehrt ist, bald wieder an einem Orte dauernd bleiben müssen, um Erwerbsunterstützung zu bekommen. Das Arbeitsangebot wird ein größeres sein, wenn weniger gereist wird. Warum das Arbeitsangebot größer wird, brauche ich wohl nicht auseinanderzusetzen, denn das weiß jeder, der arbeitslos an einem Orte war und der gereist ist. Das größere Angebot von Arbeitskräften wird der Unternehmer zu Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ausnützen. Mit dieser Gleichmacherei oder Herabsetzung der Krankenunterstützung erweisen wir also der Allgemeinheit



der Metallarbeiter einen schlechten Dienst. Ich glaube auch nicht, daß die ledigen Mitglieder es als Unrechtheit auffassen, daß sie keine Umzugsunterstützung erhalten, was ja auch nicht ganz zutrifft, wie Kollege Sommerfeld in Nr. 52 dieser Zeitung nachweist.

Der Vorstand schreibt weiter: Der größte Mangel unserer Arbeitslosenunterstützung besteht darin, daß sie nur von einem Teile der Mitglieder in Großstädten in Anspruch genommen wird, denn die Mitglieder in kleinen und mittleren Orten werden kaum arbeitslos.

Und mit solchen hinfälligen, absolut nicht stichhaltigen Gründen, will man uns von der Notwendigkeit der Einführung von Krankenunterstützung überzeugen. Das Sterbegeld soll ein vorzügliches Agitationsmittel, es soll ein Appell an Frau und Familie sein.

Es wird behauptet, die rapide und erfreuliche Entwicklung unseres Verbandes sei auf die Unterstützungen zurückzuführen. Ich bestreite dies entschieden und weise darauf hin, daß wir diese Zunahme einzig der besseren Agitation durch Bezirksleiter, Geschäftsleiter und andere, sowie auch nicht zum kleinsten Teile den Unternehmern infolge ihres brutalen, rigorosen Vorgehens gegen die Arbeitererschaft verdanken.

Daß durch diese Unterstützungsrichtungen unser Kampfescharakter nicht leidet, kann wohl nur — ich will mir hier einen Ausdruck des Vorstandes entlehnen, den derselbe gegen Leute meiner Auffassung vor zwei Jahren gebraucht hat — von einem Ignoranten behauptet werden.

Ich resumiere: Unsere Unterstützungsrichtungen sind zu belassen wie wir sie jetzt haben, wenigstens sollen keine Änderungen vorgenommen werden, die eine Beitragserhöhung bedingen.

Zum Schluß noch, warum ich prinzipieller Gegner dieser Krankenunterstützung bin (über Arbeitslosenunterstützung habe ich eine andere Auffassung). Ich halte die Einführung der Krankenunterstützung im Verband für nichts anderes, als für eine Besserung der Lage einzelner auf Kosten der gesamten organisierten Metallarbeiter.

Darum, ihr Arbeitsgenossen, denkt darüber nach, was ihr zu tun habt, um die Einführung der Krankenunterstützung zu verhindern. Wir brauchen keine Urabstimmung, aber wir können Delegierte wählen, die uns die Garantie geben, daß sie die Krankenunterstützung nicht zur Einführung gelangen lassen.

Bis jetzt ist in diesem Blatte eine sachliche Kritik der Vorstandsberechnung über seine Anträge auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht erschienen. Der Bericht über die Konferenz des zehnten Bezirkes in Regensburg am 8. Januar steht noch aus.

Bilanz: 33387 Mk. Einnahmen, 31911,79 Mk. Ausgaben, 1475,21 Mk. Überschuß, der sich auf 60 bis 80 Sterbefälle verteilen ließe.

Wie steht es nun mit der Einnahmeverrechnung des Vorstandes? Er rechnet 140134 x 46,5 x 20 Pf. = 13003246,20 Mk. Die Hälfte davon bleibt für die Arbeitslosenunterstützung.

Ich halte es für besser für den Verband, wenn die Mitglieder damit vertraut gemacht werden, daß nicht mit 15 Pf. Mehrleistung die Arbeitslosenunterstützung nach dem Vorschlag des Vorstandes durchgeführt werden kann, damit wir nicht eine zu große Enttäuschung erleben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 12. Februar der 7. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. Februar 1905 fällig ist.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht.

Für lokale Zwecke:

Der Verwaltungsstelle in Frankfurt a. M. die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrags von 15 Pf. pro Mitglied bis 1. Juli 1905. (Den freireisenden Vergarbeitern sollen aus der Lokalkasse wöchentlich 1200 Mk. überwiesen werden.)

Für die freireisenden Vergarbeiter im Ruhrrevier und die dadurch zum Feiern gezwungenen Sütten- und Metallarbeiter der Rheinisch-Westfälischen Großindustrie — so weit letztere keiner Organisation angehören — einen wöchentlichen Extrabeitrag pro Mitglied von:

45 Pf. den Einzelmitgliedern in Leipzig; 40 Pf. den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedern in Apolda, Fenerbach, Landskron, Staßfurt auf drei Wochen, Ogerreheim, Plauen, Weißenhof; 30 Pf. den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedern in Ebersbach, Edighheim-Opau, Forst, Geesthacht, Kempfen, Lauenburg, Schweinfurt, Wilhelmshagen, Zwickau; 25 Pf. den Verwaltungsstellen Gochs a. M.; 20 Pf. den Verwaltungsstellen Erlangen, Regensburg, Nürnberg (Sektionen der Feingoldschläger, Glaschner, Formier, Reißzeugmacher und Schmiede), Börsack, Potsdam, Regensburg, Rostock, Schramberg, Seufersberg, Swinemünde, Biersen; 15 Pf. den Verwaltungsstellen Erfurt (Klempner), Göhrich, Leupheim; 10 Pf. den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedern in Aue, Bries, Bürgel, Chemnitz, Freiberg i. S., Furtwangen, Hohenstein-Ernstthal, Köslin, Mittweida, Mühlh., Neumarkt (Oberpfalz), Nordhausen, Rostlau, Sorau.

Januar, Ludwigshafen a. Rh. 3 Mk. pro Mitglied, Martinlamik einen einmaligen Extrabeitrag von 1 Mk. Nichtiggestellt wird, daß die Verwaltungsstelle in Mannheim nicht einen wöchentlichen Extrabeitrag von 3 Mk. erhebt, sondern von jedem Mitglied einen Extrabeitrag von 3 Mk. in wöchentlichen Raten à 30 Pf. einzieht.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 2a des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Aimenau: Der Schlosser Karl Horn, geb. am 20. März 1883 zu Manebach, Buch-Nr. 339 629, wegen unkollegialem Verhalten. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kiel: Der Schmied Ludwig Bading, geb. am 7. April 1873 zu Hamburg, Buch-Nr. 143 398, wegen Schädigung des Verbandes und fortgesetzter Quertreibereien. Auf Antrag der Einzelmitglieder in Weissen: Der Eisendreher Gustav Runze, geb. am 1. Juni 1863 zu Heumtsdorf, Buch-Nr. 400 957, wegen Denunziation. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in München: Der Fellenhauer Franz Xaver Trautmann, geb. am 30. September 1872 zu Tilly, Buch-Nr. 533 304, wegen unkollegialem Verhalten. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mülheim a. Rh.: Der Former Johann Rötters, geb. am 13. September 1873 zu Biersen, Buch-Nr. 665 266, wegen unkollegialem Verhalten. Auf Antrag der Einzelmitglieder in Neugersdorf: Der Former Paul Krüger, geb. am 14. Juli 1886 zu Guben, Buch-Nr. 614 523, wegen Diebstahl. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Oberhausen: Der Köf. Johann Schiebahn, geb. am 28. November 1880 zu Köln, Buch-Nr. 659 325, wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern.

Öffentlich gerügt wird auf Antrag der Einzelmitglieder zu Müglitz:

Das Mitglied Richard Weisse wegen Verbreitung von Unwahrheiten, die geeignet waren, den Verband und seine Vertreter zu schädigen und zu diskreditieren.

Wieder aufgenommen werden: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Freising i. B. die in Nr. 13 1904 wegen Streifbruch ausgeschlossenen Former Nikolaus und Georg Huber, Heinrich Schauer, Josef Dobmeier und Franz Obermeier.

Wegen die betreffende Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Dem Schlosser Philipp Scheerer, geb. am 24. Mai 1875 zu Ludwigshafen, Buch-Nr. 494 608, nach einem von der Verwaltungsstelle in Kassel gestellten Antrag betreffend Veruntreuung von Verbandsgeldern.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röte-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

der Eingänge für die freireisenden Ruhrbergleute (bis 4. Februar).

- Von der Verwaltungsstelle: Amberg 116, Bromberg 15, Frankfurt a. O. 40, Fürstentum 120, Jena, Mechaniker 239,35, Ludwigshafen 200, Martinlamik 10, Neustadt a. Dela 15, Oelschlag 20, Perle 10, S. 15, Nabolitz 15, Willingen 42, Wailingen 10, Altona 1000, Bürgel 26,30, Dietelsheim 10, Erbach 19,50, Gaggenu 20, Geisfeld 15, Geesthacht 2, Jena, Allgemeine 200, Neudorf 100, Oldenburg 40, Potsdam 40, Saalfeld 200, St. Georgen 147, Schleswig 30, Schwennungen 30, Staßfurt 75, Weissenfels 50, Schönebeck 100, Mühlhausen 30, Jünnau 20, Frankenthal 88, Ravensburg 12, Briesen 5, Hugsburg 253,35, Köslin 50, Gutzhafen 20, Halpe 100, Koburg 10, Lauenburg 30, Meuselwitz 100, Mülheim a. Rh. 500, Naumburg 20, Dörfingen 10, Dörfingen 20, Osterholz-Scharmbeck 30, Bernigerode 100, Apolda 50, Warmen 1000, Bayreuth 10, Eberswalde 30, Edighheim-Opau 15, Freising 9, Hall 10, Heilbronn 67,20, Herford 40, Jngolstadt 15, Kanfheuren 30, Mülhausen i. S. 67,10, Nienburg a. S. 30,35, Nürnberg, Schmiede 100, Pirmasens 15, Reppen 20, Schwabach, Allgemeine 44, Nader 60, Sorau 50, Trier 20, Weißen 50, Weimar 50, Zwickau 50, Bant-Wilhelmschlagen 150, Bielefeld 1500, Bremen 91,03, Diehbach 30, Eifterwerda 37, Erfurt, Klempner 25, Gich 18, Greiz 30, Hagenau 20, Helmstedt 15, Hirschberg 65,05, Krefeld 65,70, Lollar 50, Mühlhof 10,40, Neckargartach 30, Neumarkt (Oberpfalz) 26, Neustrelitz 10,20, Nowawes-Neuendorf 50, Pinnerberg 9, Pries 100, Rathenow 83,10, Schwabach, Aluminiumschlagger 17, Zorge 204,25, Worms 20, Forchheim 5. Von den Einzelmitgliedern in: Aue 100, Baunzen 100, Chemnitz 2400, Dresden 200, Frankenburg 10, Freiberg 20, Glauchau 10, Grotisch 34,35, Gröna 30, Großschöna 16,65, Leisnig 20, Neugersdorf 112,60, Plauen 200, Radeberg 16, Stegmar 45,20, M. Thomas, Bernsdorf 22,65, G. Pohl, Echternach 1, G. Hilpert, Mariendorf 5, Fr. Jirk, Miesbach, F. Kretschmar, Schönau (Waben) 3, G. Kolb, Schwabach, Ch. Königer, Tübingen 8, C. Meyer, Wittich 7, Weiter: der Maschinenfabrik Liebertrecht, Oberlungwitz 24,15, Klempner der Werkstat Rosen, Bergeborf 20. Summa 14067,48, bereits quittiert 26414,44, im ganzen 40481,92 Mk.

Alle für die Vergarbeiter bestimmten Gelder sind getrennt von Verbandsgeldern an die Adresse des Hauptkassiers einzusenden und dürfen auf den Quartalsrechnungen nicht verrechnet werden. Wir ersuchen allwöchentlich einzusenden, damit wir in gleicher Weise abliefern können.

Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Januar 1905 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- Von: Aachen 100, Albrecht 279, Altona 1000, Aue 127,90, Anklam 34,30, Arnstadt 88, Aschaffenburg 250, Bay 5, Augsburg 800, Bamberg 300, Bergedorf 454, Biflingen-Bietigheim 48,72, Bitterfeld 100, Blankenburg 219,10, Bodwisch 80, Bonn 300, Brade 32,70, Braunschweig 1000, Bremerhaven 800, Bretten 80, Bries 170, Bünde 100, Bunzlau 100, Celle 25,50, Grimmitzschau 150, Gutzhafen 200, Detmold 50, Dimplage 93,40, Döbeln 200, Dortmund 500, Dresden 1000, Düsseldorf 1300, Ebersbach 252,60, Eberstadt 160, Edighheim-Opau 138,74, Eisenach 600, Elbing 200, Eifterwerda 250, Emden 100, Erfurt, Klempner 200, Effen 200, Eplingen 600, Fechenheim 160, Fenerbach 200, Fisterwalde 200, Frankenthal 12,45, Freising 100, Friedland 70, Fura wangen 288,10, Gaggenu 220, Geesthacht 50,35, Glogau 100, Göppingen 317,58, Grauberg 70, Grimma 155,60, Großschöna 200, Großschöna 275, Großschöna 243,13, Gröna 80, Gütchow 170, Hagen 400, Hall 80, Halle a. S. 800, Hamburg 100, Samela 150, Hanau 350, Hannover 4000, Harburg 1300, Harzgerode 688,35, Heidelberg 150, Heidenheim 400, Heilbronn 400, Herford 139, Hilbesheim 400, Hirschberg 175, Höcht 240, Isehoe 100, Jena 125, Mechaniker 1214,15, Kalbe 76, Kammin 60, Kattowitz 100, Kob-







und erachtete es als ein Gebot der Pflicht und Solidarität, diese nach Kräften zu unterstützen. Die Verwaltung schlug der Versammlung vor, daß sofort 500 Mk. als Voranschuß bewilligt werden und für die Dauer des Streiks eine Extrasteuern von 10 Pf. pro Woche bezahlt wird. Die Beträge erschienen der Versammlung zu niedrig, einige Kollegen traten für einen höheren Betrag ein. Es wurde einstimmig folgender Antrag angenommen: „Die heutige Mitgliebersammlung beschließt, zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter im Ruhrrevier während der Dauer des Streiks einen wöchentlichen Beitrag von 15 Pf. zu erheben, mindestens aber auf die Dauer von vier Wochen. Zur sofortigen Unterstützung werden 1000 Mk. aus der Kassa als Voranschuß bewilligt.“ Alsdann gab Kollege Altner einen Bericht von der Bezirkskonferenz, an der sich eine Diskussion knüpfte. Wir derselben nahmen die Kollegen Hanske, Haback und Seidel teil. Kollege Philipp erstattete den Kassenbericht für das vierte Quartal 1904. Der Ortsverwaltung wurde Entlastung erteilt. Zum Jahresbericht, der der Versammlung gedruckt vorlag, machte Kollege Haback nähere Angaben, denen wir folgendes entnehmen: Trotz der günstigen Geschäftskontinuität versuchten die Unternehmer es verschiedentlich, die ohnehin schon schärfen Lohn- und Arbeitsbedingungen noch mehr herabzusetzen. In einigen Fällen kam es zu Arbeitsentlassungen. Zunächst waren es die Hauslöcher und Schmiede, die es unternahmen, ihre erbärmliche Lage aufzubessern. Die Lohnbewegung war, wie bekannt, von Erfolg begleitet. Bei den Elektromonturen und Hilfsmonturen war gleichfalls eine Lohnbewegung geplant, wegen des ungünstigen Organisationsverhältnisses wurde aber davon Abstand genommen. Nur die Kollegen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft reichten ihre Forderungen am 15. August bei der Direktion ein. Es wurde eine Einigung erzielt, die den dort beschäftigten Arbeitern eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde brachte. Am 30. September sahen sich die Former und Gießereiarbeiter der Firma Klemna genötigt, die Arbeit einzustellen. Die Firma beabsichtigte nämlich, die Preise erheblich zu reduzieren. Die Polizei tat bei dieser Gelegenheit ihr Möglichstes, zu verhindern, daß die Arbeiter von dem ihnen gewährten Vereinigungsrecht Gebrauch machen konnten, wie es bei Streiks erforderlich ist. Der Kollege Haback wies auch auf das Verhalten der Schlesischen Zeitung hin, die es nicht unterließ, die Polizei scharf zu machen. Am 29. Oktober wurde der Lohnkampf abgebrochen, weil sich in genügender Zahl Arbeitswillige fanden. Differenzen sind auch bei der Firma Beckmann vorgekommen, die durch die Ortsverwaltung beigelegt worden sind. Die Ortsverwaltung kann auf ein befriedigendes Resultat im verfloffenen Geschäftsjahr zurückblicken, sowohl was die Steigerung der Mitgliederzahl wie das Wachstum der Einnahmen anbelangt. Ohne Überhebung kann gesagt werden, daß die Organisation ein erhebliches Stück vorwärts gekommen ist. Ende 1903 hatte die Verwaltung 2004 Mitglieder (die Sektion der Klemper mit eingerechnet) am Schlusse 1904 2669. Im Jahre 1903 erzielte sie eine Einnahme von 30665,69 Mk., im Jahre 1904 dagegen 45509,01 Mk. Die Beitragsleistung ist eine regelmäßige und pünktlichere geworden. Im Berichtsjahr haben 305 Mitglieder für 5883 Tage Arbeitslohnunterstützung erhalten. Über die Tätigkeit der Verwaltung ist folgendes zu bemerken: Es sind 23 öffentliche, 8 Mitglieder- und 190 Werkstattversammlungen abgehalten worden. Aus der Verbandsbibliothek sind 292 Bände ausgeliehen worden. Kollege Haback tadelte die geringe Veranlagung der Bibliothek und ermahnte die Kollegen, fleißigeren Gebrauch von ihr zu machen. Die Verwaltung hat zur Vervollständigung der Bibliothek 200 Mk. in den Etat eingestellt und stellte den Antrag auf Verlegung der Bibliothek vom Gewerkschaftshaus in das Verwaltungsbureau. Der Antrag wurde angenommen. Unter den Ausgaben verdienen folgende Posten hervorgehoben zu werden: Ortsunterstützung 6588,71 Mk., Streikunterstützung 1313,35 Mk., Maßregelung und Unterstützung nach § 2c 1468,20 Mk., Hochschuß 499 Mk., Unzugskosten 448,30 Mk. An die Hauptkasse gefandt: 21000 Mk. Der Kassenbestand am 31. Dezember 1904 beträgt 852,35 Mk. Die Kassa hatte eine Einnahme von 3019,47 Mk. Von den Ausgaben haben wir einige Posten hervorzuheben: Ortskasse 360,03 Mk., Sterbegeld 322,80 Mk., Arbeiterskretariat 820 Mk., Streikunterstützung 594,20 Mk., streikende Kollegen Berlin 200 Mk., Entschädigung der Hauskassierer 2629,14 Mk. Kollege Fabich berichtete über das Gewerkschaftskartell. Haback knüpfte daran einige Ausführungen über die leidigen Grenzstreitigkeiten mit dem Verband der Handelslohnarbeiter und teilte die Auffassung, daß der Agitation dieses Verbandes in Betrieben der Metallindustrie entgegengetreten werden müsse. Zu Delegierten für das Kartell wurden gewählt die Kollegen Anders, Gerhardt, Hanske, Philipp, Fischler und Weghaupt. Als Mitglieder der Kaufkommission wurden gewählt: Friedrich, Meise, Oskar Schütz und Paul Hanske.

**Darmstadt.** Endlich hat es unter den hiesigen Metallarbeitern zu dämmern angefangen. Lange Zeit wollte es hier nicht vorwärts gehen, aber im vorigen Jahre haben wir Fortschritte gemacht, wir steigerten unsere Mitgliederzahl um über 300, auf jetzt 600, bei der Zahl der hier beschäftigten Metallarbeiter freilich noch viel zu wenig. Doch wir hoffen, daß sich das Bild noch ändern wird, es heißt eben lächlich weiterarbeiten, dann werden wir auch in Darmstadt bessere Verhältnisse erringen. Eine ganze Reihe Agitatoren sind ja für uns teils tätig; wir wollen sie hier nicht alle aufzählen, aber zwei, die sich ganz besonders hervortun, müssen wir bekanntgeben. Es sind dies die beiden Meister der Armaturenfabrik vormals P. Graf, Thünemann und Löwe heißen die zwei Streiter. Sie arbeiten mit allen zu Gebot stehenden Mitteln für uns, wenn auch unheimlich, besonders Obermeister Thünemann ist als ein Muster von Höflichkeit, anständigem Benehmen und freundlichem Entgegenkommen im Verkehr mit den Arbeitern zu bezeichnen, seine Lichtheit und Kenntnisse im Beruf können nicht hoch genug gepriesen werden. Ja, viele behaupten, der Inhaber könnte die ganzen Arbeiter entbehren, die Meister bräuchten alle Dummheiten allein fertig. Nur einen Fehler hat der gute Mann, er glaubt nämlich, alle Arbeiter wären schwerhörig, deshalb brüllt er den ganzen Tag wie ein — Er sowohl als auch sein Kollege, der Gießereimeister Löwe, machen jeden zusehenden und einzuflehenden Arbeiter auf den Verband aufmerksam, mit dem Erfolg, daß schon eine ganze Anzahl bei uns eingetreten sind infolge des Hinweises der Meister. Löwe hat noch seinen Sohn zur Seite, der schon einmal in den Spalten dieser Zeitung gefaßt hat. Erst um die Weihnachtszeit haben die beiden Löwen es fertig gebracht, einen älteren verheirateten Kollegen hinzu zu ziehen, wahrscheinlich weil er schon lange in der Organisation ist. Jedenfalls um ihn zu schonen, geben sie ihm lauter kleine Stücke zu machen, hatten aber dabei ganz übersehen (oder war's Absicht?), daß es dem Kollegen nicht möglich war, mehr als 7 bis 8 Mk. in drei ganzen Tagen zu verdienen. Doch auch sie werden ihren Lauf erhalten; als Meister sterben sie jedenfalls nicht in dieser Gasse, es müßte dies denn sehr bald geschehen. Die Bude soll für Meister sehr gesund sein, denn bis jetzt ist, so viel dem Schreiber dieses bekannt, noch kein Meister darin gestorben, und es waren schon eine ganze Anzahl darin. Noch eins muß erwähnt werden, die Meister und der Inhaber der Firma gehen in ihrer Fürsorge sogar so weit, daß sie den jüngeren Kollegen empfehlen, nur mit den vor ihnen bezeichneten Mitarbeitern zu verkehren, damit sie durch die anderen nicht verdorben würden, denn die seien alle im Verband. Die Scheu vor dem Verband wird man begreifen, wenn wir anführen, daß dieser es war, der den Fabrikinspektor veranlaßte, die Leitung der Fabrik auf die Schweineerei im Abort u. s. w. aufmerksam zu machen. Daher die große Zuneigung. Diese Zeiten haben bloß den Zweck, den Herren unseren Dank für ihre Tätigkeit abzuspielen und erlauben wir sie, nur fleißig zu weiter zu fahren, dann werden sie mit dazu verhelfen, daß wir in die Lage kommen, unseren Dank auf eine noch nachdrücklichere Art an den Mann zu bringen. Über die sonstigen Verhältnisse in dieser Fabrik als auch in den anderen Betrieben am Platze wollen wir heute nichts mehr bringen, denn es tut einem die Wahl wehe, wo man anfangen soll.

**Dessau.** Der Streit in der Dessauer Waggonfabrik ist am Freitag den 20. Januar in einer Versammlung im „Alten Fries“ für beendet erklärt worden. Dem Beschluß ging eine sehr lebhaft diskutierte voraus. Die Streikleistungen und auch der amwesende Bezirksleiter Kollege Pof machten es den Streikenden klar, daß ein Weiter-

führen des Kampfes aussichtslos sei. Und das mit Recht. Denn die Situation hatte sich in den letzten Wochen wider Erwarten so zugunsten der Fabrik geändert, daß ein Erfolg für die Streikenden ausgeschlossen sein mußte. In letzter Zeit hatte die Fabrik so viel Streikbrecher bekommen als sie nur haben wollte. Trotz alledem wurde noch von verschiedenen Rednern für Fortführung des Kampfes gesprochen. Die Abstimmung ergab aber doch eine Mehrheit für Aufhebung des Streiks. Die Mehrzahl der Kollegen hatte erkannt, daß ein Kampf, der so wenig Aussicht auf Erfolg hat, auch abgebrochen werden muß. — Wir wollen hier noch einige Einzelheiten anführen, die so recht beweisen, wie Regierung und Unternehmer Hand in Hand gehen, wenn es gilt, die Arbeiter in ihren Bestrebungen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hindern. So wurden auf Verlangen der Direktion vor der Fabrik und in der Nähe täglich vier Schutzleute postiert, solange der Streik währte. Ohne daß die Ausständigen irgend welche Veranlassung dazu gegeben hätten, wurde dieses von der Regierung verfügt. Bei der ersten Einigungsverhandlung erklärte Direktor Bäumler, daß es für ihn keine Arbeiterorganisationen gäbe, daß diese von ihm nicht geteilt wären! Herr Bäumler hat aber in den letzten 14 Wochen jedenfalls schon bemerkt, daß die Organisationen der Arbeiter nicht nur zu Recht existieren, sondern, daß sie ihn auch nicht sehen könnten, wenn ihnen damit allein geholfen wäre. Die Verbände sind dem Manne so un bequem geworden, daß er von jedem, der in der Fabrik arbeitet, eine Bescheinigung über den Austritt aus seiner Gewerkschaft verlangt. Auch ist er sehr neugierig, ob die Sperre aufgehoben ist. Ob er die schwarze Piste wieder einbezogen, die er an seine Kollegen gefandt, hat er noch nicht verraten. Auch des Betriebsleiters Lindthaler sei noch einmal gedacht. Was dieser Herr geleistet hat beim Streikbrecherfuchen, ist einer besseren Sache würdig. Der Mann besitzt auch viel Bildung, wir haben das schon in einem früheren Artikel hervorgehoben. Hier noch eine Probe. Als er einmal einen Streikbrecher vom Bahnhof abholte, wurde dieser von einem Streikposten angehalten. Darauf brüllte Herr Lindthaler den Posten an: „Was wollen Sie denn, haben Sie Sch... in den Hofen oder haben Sie schon Hunger.“ Dieser Auspruch kennzeichnet den ganzen Mann. Die Kollegen werden gut tun, wenn sie diesen Herrn im Gedächtnis behalten.

**Erfurt.** Die Firma G. A. Kleemann ist fortwährend bemüht, Drucker und Gürtler in ihren Betrieb zu bekommen. Sie hat aber glücklicherweise wenig Erfolg, da alle Injunkte in den bürgerlichen Vätern an der Solidarität des besseren Teiles der Kollegen scheitern. Verkaufte sich wirklich einmal ein Kollege hierher, so geht er schweigend wieder, weil eben in Erfurt nichts zu holen ist. Nur einige minderwertige Elemente gefanden sich in der Rolle der Arbeitswilligen. In Nr. 48 der Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahre ist bereits eine Andeutung gegeben, daß eine Firma angebroht habe, nach Weihnachten Abzüge vorzunehmen, und wenn das nicht passe, der fliege. Heute sind wir in der Lage, mitteilen zu können, daß die Firma G. A. Kleemann es gewesen ist. Diese konnte aber nicht warten bis nach Weihnachten, sie ist schon anfangs Dezember, nach beendeter Saison an. Den Gürtlern wurden neue Muster, Kronen und Nuten für Preise angeboten, die geeignet waren, den Kollegen den Brotkorb beträchtlich höher zu hängen. Bezüglich der Nuten wurde eine einigermaßen annehmbare Einigung erzielt. Eine Werkstattversammlung beschloß, eine Kommission vorstellig werden zu lassen, was auch geschehen ist. Als vorläufiges Resultat konnte festgestellt werden, daß eine Krone, um die es sich hauptsächlich handelte (geboren wurde pro Stück 1,40 Mk., die Gürtler verlangten mindestens 3 Mk.), nicht in Arbeit gegeben wurde. Die Kollegen waren der Ansicht, die Sache sei zu Ende. Aber es kam anders. Am Nachmittag des betreffenden Tages wurde in der Gürtlerei folgendes angeschlagen: „Die Arbeitszeit beginnt von jetzt ab bis auf weiteres in der Gürtlerei morgens 7 Uhr und endet abends 5 Uhr. G. A. Kleemann.“ Da nun Herr Kleemann im Laufe einer früheren Unterhandlung mit einer Kommission erklären ließ, bei ihm würde die Arbeitszeit nicht eingeschränkt und da auch sonst kein zwingender Grund zu einer Änderung vorlag, nahmen die Gürtler an, daß man sie nur schikanieren wolle. Die Folge davon war, daß einige Kollegen dem Betrieb den Rücken kehrten, worauf von der Firma der ja noch Zettel wieder entfernt wurde. Am Sonntagabend den 10. Dezember wurde einem Kollegen vom Werkmeister Naumann bedeutet, er sei entlassen, weil er sich nach anderer Arbeit umgesehen habe. Diese lächerliche Begründung erscheint aber erst im rechten Lichte, wenn man bedenkt, daß der Kollege der Sprecher der erwähnten Kommission war. Man geht wohl nicht fehl, wenn man in dieser Entlassung eine Maßregelung erblickt. Zu gleicher Zeit wurde aber auch ein Dreher entlassen, dem der Werkmeister erklärte, er sei dem Chef zu teuer. Auch diese Angabe kommt einem komisch vor, weil der Kollege vor längerer Zeit selbst aufhören wollte und die Firma sich bemühte, ihn zu halten, indem sein Lohn von 45 auf 49 Pf. pro Stunde erhöht wurde. Außerdem brauchte er auch nicht mehr in Afford zu arbeiten. Und jetzt nun diese plötzliche Entlassung? — Da nun, wie bereits erwähnt, die Saison zu Ende war, konnten die Kollegen (um weitere Maßregelungen zu verhindern), es nicht wagen, Stellung dagegen zu nehmen, deshalb unternahm es die Ortsverwaltung, bei Herrn Kleemann vorstellig zu werden. Sie erschien am nächsten Montag vormittag im Kontor und mußte die Erfahrung machen, daß Herr Kleemann nicht den Mut hatte, Rede und Antwort zu stehen. Er ließ sich vielmehr durch einen Bureaubeamten mit der Begründung verlegen: „Vor Weihnachten sei es sehr unbestimmt, wann er zu treffen sei, da er viel Weihnachtseinkäufe zu machen habe.“ Diese Ausrede war ebenso lächerlich wie unwahr, denn es wurde festgestellt, daß Herr Kleemann fast immer zu Hause war, auch zu der Zeit, als die Ortsverwaltung vorsprach. Nach den gemachten Erfahrungen war es vorläufig nicht möglich, zugunsten der beiden Kollegen etwas zu unternehmen. Eine Brandversammlung beschloß, die Sperre über Erfurt-Flüßergeschoßen abermals zu erneuern, damit Herr Kleemann und auch die übrigen Herren Fabrikanten durch Angebote von Arbeitskräften nicht in Versuchung kommen, weitere Maßregelungen vorzunehmen. Die Kollegen, hauptsächlich aber die Gothaer Metallbrüder, werden gebeten, sich streng danach zu richten. Von Gotha macht sich nämlich plötzlich ein hartes Angebot von Metallbrüdern bemerkbar, was wir hier absolut nicht verziehen können. Weitere Auskunft wird die Lohnkommission der Ortsverwaltung Gotha gern erteilen. Ferner glauben wir, daß der schon längst gehegte Verdacht, die hiesigen Unternehmer overierten mit schwarzen Listen, begründet ist. Den Beweis glauben wir darin erblicken zu können, daß die Firma Löbelsmann & Grumm in Zivertschhausen Gürtler, Monteur und Polierer suchte, aber einen gemäßigteren Kollegen der Firma G. A. Kleemann, der ihr sonst durchwegs nicht bekannt sein konnte, nicht einstellte. Ebenso ist das bei den anderen Firmen der Fall, da heißt es: „Wir haben keine Arbeit“, hieherher aber werden Leute eingeführt. — In Nr. 48 v. J. gaben wir auch bekannt, daß die Firma G. A. Kleemann Brüderarbeiten auswärts — wahrscheinlich in Greiz — machen lasse. Wir können unsere Vermutung dahin berichtigen, daß die Arbeiter nicht in Greiz, sondern bei der Firma Eduard Walther in Schleiz i. V. angefertigt wurden. Wir eruchen die Schleizer Kollegen, schon heute dieses zu beachten, weil die Firma Kleemann zu Beginn der nächsten Saison jedenfalls wieder dort arbeiten lassen wird, wenn ihr hier nicht die nötigen brauchbaren Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Damit dieses aber nicht eintreibt, bitten wir den Zuzug von Gürtlern, Dründern, Metalldrechern, Formern und Schleifern nach wie vor streng fernzuhalten. Dann werden wir auch mit unserem Kleinstreik Erfolg haben und auch in Erfurt wenigstens das erreichen, was den Kollegen in anderen Städten schon längst nicht mehr gut genug ist.

**Greiz.** Ähnlich, aber sicher, geht es auch hier mit der Gewerkschaftsbewegung vorwärts. Die Arbeiter lernen begreifen, daß sie von jeher im Namen der Religion von allen, was die Arbeiter zum selbständigen Handeln bewegt, abgehalten worden sind. Religion und Zentrum sind nur verschiedene Bezeichnungen für eine Sache. Die Kaplanokratie hat es außerordentlich gut verstanden, die Arbeiter an sich zu fesseln. Diese Menschen, die sich mit Vorliebe Christen nennen, aber alles andere, nur keine Christen sind, haben dem Worte Christentum einen so üblen Beigeschmack verbracht, daß

jeder denkende Mensch sich von dieser Sorte Christen so weit wie möglich entfernt hält. Die gemeinliche Demagogie ist bei diesen Leuten das beliebteste Mittel gegen Andersdenkende, die Mäße was ganz besonders kultiviert und zum Schlusse, wenn alle Stränge reißen, mit dem Mädchen für alles, der Zentrumsreligion, zugebetet. Mit der Zentrumsreligion haben wir keine Gemeinschaft, und die Arbeiter sehen immer mehr ein, daß wir bessere Christen sind, sie wenden sich mit Abscheu von den Demagogen, in unseren Reihen lernen sie Welt und Menschen von einer anderen Seite kennen. Wie lächerlich diese Zentrumschristen zuweilen handeln und dabei gar nicht merken, welche guten Dienste sie uns leisten, zeigt folgender Vorfall: Unter den hiesigen Arbeitern wird für einen Preisfonds zur Errichtung einer eigenen Presse gesammelt, allmonatlich wird in der Arbeiter-Zeitung darüber berichtet. Unter der betreffenden Rubrik hat nun immer auch eine von den Metallarbeitern gespendete größere oder kleinere Summe gestanden, je nachdem einzelne Kollegen Marken à 10 Pf. an den Mann gebracht haben. Da, o Graus, steht eines Tages: 300 Mk. von den Metallarbeitern. Mit Windebeile brachte die zentrumschristliche Presse die Schauerwärme, die hiesige Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes habe 300 Mk. an den sozialdemokratischen Preisfonds abgeliefert. Die Summe war ihnen zu groß, sie konnten es nicht fassen, daß auch einmal ein einzelner Mensch so viel Geld einer schönen und guten Sache opfern könnte. Da wiesen diese Schlauberger wieder einmal haarklein nach, wie Sozialdemokratie und Gewerkschaften eins sind. Unseren Segen haben sie, wir meinen nicht darüber, wenn man uns mit dem Ehrennamen Sozialdemokrat belegt, denn der hat einen besseren Klang wie Zentrum. Doch ein gutes haben sie mit ihrer Schreiberei erreicht, und wir statten ihnen hiermit unseren besten Dank ab. Es gibt hier und da noch einige Gesoffen, denen die Gewerkschaftsbewegung etwas Nebenständliches ist, diese Leute sind durch die christliche Dreihundertmarkelgende zu der Überzeugung gekommen, daß die Gewerkschaftsbewegung doch etwas Wert hat, wir haben an Mitgliedern dadurch gewonnen. Es geht vorwärts! Das Jahr 1904 ist für uns ein recht bewegliches gewesen. Durch ein gut verbreitetes Verkaufensmännersystem ist die Agitation in geregelte Bahnen geleitet und bedeutend erleichtert worden. Die Früchte sind auch nicht ausgeblieben. Am Schlusse des Jahres 1903 schlossen wir mit 784 Mitgliedern ab und sind mit Schlusse des Jahres 1904 auf fast 2000 gestiegen. Davon entfallen allein auf das letzte Quartal 551 Mitnahmen und 13 Übertritte aus anderen Organisationen. Die Beitragsleistung muß sich noch bessern. In beitragsfreien Marken sind 1904 nicht weniger als 1817 Stück geteilt worden. Ein großer Teil der Kollegen, die erkrankt sind, verzichten aber auf Krankenmarken. Danach können sich die Kollegen Deutschlands einen Begriff machen, wie nachteilig es auf die Gesundheit der Arbeiter wirkt, wenn sie bei Tag- und Nachtschicht noch Überstunden machen müssen. Im verfloffenen Jahre wurden abgehalten: 2 öffentliche Versammlungen, 76 Mitgliederversammlungen, 27 Sitzungen der Ortsverwaltung, 13 Verkaufensmännerversammlungen, 5 kombinierte Versammlungen, 85 Werkstattbesprechungen, 20000 Flugblätter, die auf die allgemeinen und hiesigen Verhältnisse hinweisen, sind in allen Fabriken verteilt worden. Es wurden bezahlt: Reisegeld 2442,20 Mk., Arbeitslohnunterstützung 377,90 Mk., Unzugskosten und Unterstüzung in Notfällen 635,25 Mk., Ortskassensch. 177,30 Mk., an die Hauptkasse abgeschickt 15400 Mk. Die Arbeiter hatten sich zum letzten Quartal derartig angehäuft, daß die Verwaltungsstelle sich veranlaßt sah, eine zweite Kassa anzustellen; es ist dazu aus dem Kreise der hiesigen Kollegen der Kollege Karl Bräuer zum 1. November 1904 gewählt worden. — Wie notwendig hier eine starke gewerkschaftliche Organisation ist, die die Interessen der Arbeiter zu wahren imstande ist, ergibt sich aus folgendem. Die Technik geht mehr und mehr dazu über, Eisen und Stahl im Aufbau zu verwenden. Wo früher das Holz vorherrschend war, verschwindet es ganz; wir sehen Bauten entstehen, die uns Bemüderung abtöten. Gerade in der hiesigen Gegend sehen wir Brücken, Bahnhöfe, Warenhäuser, Fabrikgebäude und Zecheneinrichtungen aus diesem Material entstehen. Durch diesen Fortschritt ist die Zahl der in der Montage beschäftigten Arbeiter eine große; fast alle Berufe der Metallbranche kommen hier in Betracht. Mit wenigen Ausnahmen sind es durchwegs junge ledige Leute, die, weil sie nichts anderes fanden, vorübergehend diese Beschäftigung annehmen. Organisiert sind davon leider sehr wenige. Dadurch ist es erklärlich, daß die Lage dieser Leute, die bei ihrer Arbeit den Unilden jeglicher Witterung ausgesetzt sind, eine so elende ist. Die Arbeitszeit in den langen Tagen wird auf jeder Montage von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends ausgedehnt. Hin und wieder fällt es einem Monteur ein, zu bestimmen, bis 9 Uhr zu arbeiten. Ohne die geringste Einwendung schäffen dann die Arbeiter Tag für Tag dreizehn Stunden, einen Zuschlag zum Stundenlohn zu fordern oder Überstunden ganz zu verweigern, sind unbekannte Dinge. Die einzige Maßregel, die der Arbeiter gegen jedwede Verschlechterung ergreift, ist, daß er die Arbeit nimmt, wodurch aber an der ganzen Sache nichts geändert wird. In den kurzen Tagen, wo andere Bauarbeiter nur so lange arbeiten als es hell ist, zeigt der Montagearbeiter abermals, daß er reichhaltig ist. Er arbeitet morgens und abends, trotz der großen Unfallgefahr, mindestens je eine Stunde im Dunkeln. Stürzt der Arbeiter ab, was ja nichts Seltenes ist, und bleibt tot liegen, so heißt es, der war selbst schuld daran. Die Monteur gebrauchen den Trick der langen Arbeitszeit nur aus dem Grunde, weil sie wissen, daß bei dem geringen Stundenlohn, den sie zahlen, kein Arbeiter bei verlängerter Arbeitszeit bliebe; die Überstunden also müssen es bringen. Genau so häufig ist die Sonntagsarbeit dort zu finden. Nicht besser wie die Arbeitszeit sind die Lohnverhältnisse. Vorarbeiter erhalten 45 bis 50 Pf., Schlosser, die am meisten der Lebensgefahr ausgesetzt sind, 38 bis 42 Pf., Räder 45 bis 48 Pf., Zuschläger und Vorhalter 38 bis 40 Pf., Hilfsarbeiter 35 bis 38 Pf. und Kleinewärmer 20 bis 30 Pf. Stundenlohn. Für diese Lohnsätze, die eher zu hoch als zu niedrig angegeben sind, muß natürlich nicht gearbeitet, sondern gewühlt werden. Am besten steht sich der Monteur dabei, er hat die Arbeit in Afford oder er bekommt einen hohen Lohn und pro tausend Kilo fertige Montage eine Extravergeltung. Bei diesem Entzügen wird der Arbeiter durch den Arbeiter ausgebeutet. Der dunkelste Punkt in dem Gache sind die Unfälle. Würden die Fälle eines Monats in hiesiger Gegend zusammengezogen, es würde sich eine unheimliche Ziffer zeigen. Doch so lange die Arbeiter sich dem Schicksal fügen und der Organisation fernbleiben, wird es nicht besser werden. — Auf den einzelnen Werken in Eisen sieht es nicht viel besser aus. Im vergangenen Herbst sind bei Krupp im Frühjahrbau II und in den Lauffettenwerkstätten eine Anzahl Schlosser eingestellt worden. Der Verdienst ist dort so minimal, daß die Arbeiter sich schon auf die Frühjahrszeit freuen, um so bald wie möglich von der ungesunden Stelle verschwinden zu können. Die Firma wird sich schwer in die Patzche bringen, hauptsächlich, wenn die Arbeit drängt. Hat doch kürzlich ein höherer Beamter selbst erklärt, daß, wenn er heute noch am Schraubstock stehen müßte, er für solch einen Hungerlohn nicht arbeiten würde. Es werden im Frühjahr Hunderte verschwinden und ein „Soblad“ auf den hohen Verdienst der Schlosser und den „minimalen“ Millionenüberfluß der Firma in alle Welt tragen. Es ist geradezu ein Hohn, wenn am Jahreschlusse Millionen für die Besitzer des Wertes abfallen und die Arbeiter, die diese Millionen durch ihre Hände Arbeit hervorgebracht haben, kaum so viel verdienen, daß sie sich ordentlich nähren und kleiden können. Gegeben sei die göttliche Weltordnung! Es gibt bei Krupp trotz der Millionenüberschüsse Verhältnisse, die wahre Brutstätten der Schwandlust sind. In den oberen Lauffettenwerkstätten, wo der ganze Dunst hingießt, ist keine Ventilation; und in diesen Räumen müssen die Arbeiter Tag und Nacht arbeiten. Wie oft hat die hiesige Arbeiter-Zeitung darauf hingewiesen, daß jene Verhältnisse es seien, die die meisten Schwandlustkranken liefern, doch vergebens — es sind ja nur Arbeiter. Die Eisenwerkstätten sind „berühmt“ durch die „hohen Löhne“, die die Firma zahlt. Das kann auch von der Klemperwerkstatt gesagt werden. Ehe ein Klemper einmal 40 Pf. die Stunde erhält, kann er alt und grau werden. Die Firma Krupp zahlt dort nicht nach der Leistung, sondern nach dem Alter, und jeder Arbeiter weiß, was das zu bedeuten hat: Ist eine gewisse Grenze des Alters erreicht, dann kommen die Abzüge von selbst. Das Kisten von Dachstuhl







zu sein; deshalb mußte dem Angeklagten als Angehörigen des Bergarbeiter-Verbandes das Recht der Wahrnehmung berechtigter Interessen selbst dann zugesprochen werden...

Streikbrecher nach Hannover gesucht.

Ein Breslauer Schlosser hatte sich auf Grund eines Injektivs an die Waggonfabrik Hannover um Stellung gemeldet. Er erhielt folgendes Schreiben:

Auf Ihr Angebot teilen wir Ihnen mit, daß wir in unserer Fabrik Streik haben und Ersatz für die feiernden Arbeiter suchen. Wir legen in erster Linie Wert auf solche Personen, welche keinem Verbaude angehören.

Es ist Ihnen Gelegenheit geboten, sich hier eine Lebensstellung zu schaffen und wir bemerken weiterhin, daß wir ausreichend für den Schutz der Arbeitwilligen gesorgt haben.

Ihre Papiere wollen Sie an den Arbeitsnachweis hier, Adresse: Arbeitsnachweiskommission für den Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover, Hannover, Partwigstr. 7, senden, durch dessen Vermittlung wir die Arbeiter aufnehmen.

Wir bemerken, daß bei uns stets in Auford gearbeitet wird und daß fleißige, tüchtige Leute sehr gut verdienen. Falls Sie daher nach hier kommen wollen ersuchen wir um umgehende Nachricht, wenn Sie hier eintreten können.

Wachtungsvoll

Hannoversche Waggonfabrik, Aktiengesellschaft.

Sollte es in Hannover wirklich keine Arbeiter geben, die „sehr gut verdienen“ wollen? Die Sache hat nur den Haken, daß die Firma die Arbeiter am guten Verdienen hindert.

Girisch-Dunderscher.

Der Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter soll nach dem Vorbilde des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Bezirksleiter erhalten. In der Berliner Volkszeitung vom 3. Februar ist der Entwurf dazu veröffentlicht, als dessen wichtigste Bestimmungen die folgenden angegeben werden:

1. Der Delegiertentag beschließt die Anstellung von zehn besoldeten Agitationsbeamten. 2. Zu diesem Zwecke werden zehn Bezirke gebildet und zwar a) Ost- und Westpreußen, b) Regierungsbezirk Bielefeld und Posen sowie Ober- und Niederlausitz, c) Regierungsbezirk Breslau und Oppeln, d) Provinz Brandenburg ohne die Lausitz, beide Westfalen, Regierungsbezirk Straßburg und Stettin, e) Königreich und Provinz Sachsen mit den thüringischen Staaten, f) Provinz Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Lippe, Waldeck, Schleswig-Holstein und die Hansestädte, g) Westfalen, h) Rheinprovinz ohne Regierungsbezirk Trier, Hessen nördlich des Mains, i) Baden ohne die Bodenseeregionen, Rheinpfalz, Elsaß-Lothringen, Regierungsbezirk Trier, Hessen südlich des Mains, k) Bayern ohne Pfalz, Württemberg und die Bodenseeregionen. 3. Dem Generatrat steht das Recht zu, etwaige aus der Praxis sich ergebende Änderungen in der Abgrenzung der Bezirke oder deren Vermehrung vorzunehmen. 4. Jeder Bezirk erhält einen Agitationsbeamten. Dessen Wohnort wird vom Generatrat bestimmt. 5. Die Agitationsbeamten haben folgende Aufgaben: a) für die Vergrößerung und Ausbreitung des Gewerbevereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter nach besten Kräften im Sinne der Gewerbevereinsprinzipien und des Statuts einzutreten; b) bei Arbeitsdifferenzen die Leitung zu übernehmen und dabei in erster Linie den Versuch einer Einigung mit dem Unternehmer oder der Fabrikleitung anzubahnen. Geht eine solche Einigung nicht, dann hat der Agitationsbeamte nach bestem Wissen und Gewissen unter Wahrung der Gewerbevereinsgrundsätze in dringenden Fällen selbstständig zu handeln und unverzüglich einen kurz gefaßten Bericht über die wesentlichsten Streitpunkte genau enthält, an den Generatrat einzusenden und über weitere Schritte sich mit demselben zu verständigen; c) den Anweisungen des Generatrats, als oberste Leitung des Gewerbevereins, müssen die Agitationsbeamten Folge leisten und die ihnen vom Generatrat auf Grund des Statuts und der Delegiertentagsbeschlüsse gegebenen Anordnungen befolgen; d) die Agitationsbeamten sind ferner verpflichtet, die ihnen im Gewerbevereinsinteresse vom Generatrat erteilten Aufträge auszuführen; e) die Berichterstattung erfolgt vierteljährlich, die Kasienabrechnung monatlich an den Generatrat. 6. Die Kosten für die Anstellung dieser Agitationsbeamten trägt die Gewerbevereinskasse. 7. Die Stellen werden öffentlich ausgeschrieben. Die Entscheidung darüber hat der Generatrat. Nach erfolgter Wahl ist eine gemeinsame Sitzung der Agitationsbeamten nach Berlin einzuberufen, die über die Tätigkeit der Beamten, Maßnahmen bei Arbeitsdifferenzen, allgemeine Agitation und sonstige Gewerbevereinsfragen zu beraten hat. 10. Den Agitationsbeamten wird eine dreigliedrige Kommission zur Seite gestellt. 11. Das bisherige System der Agitationsleiter kommt in Wegfall. 12. Zur Durchführung der Einziehung wird der Wochenbeitrag auf 25 Pfennig erhöht. 13. Die Agitationsbeamten haben das Recht Bezirkskonferenzen einzuberufen. 14. Die von einzelnen Orten und Städten bereits angestellten Agitationsbeamten werden von den neuen Bestimmungen nicht berührt, sofern die betreffenden Ortsvereine drei Fünftel der Kosten weiter tragen.

Die Hoffnungen, die die Girisch-Dunderscher auf diese „Reform“ setzen, werden sich nicht erfüllen. In Heiseaposteln hat es ihnen doch bisher schon nicht gefehlt, Geld für Agitation haben sie auch genug ausgegeben, und die bürgerliche Presse haben sie im weitgehendsten Maße zur Bekämpfung der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften in Anspruch genommen. Das Resultat, das sie in bößlicher Arbeit erzielten, ist aber recht unbedeutend. Und besonders das Jahr 1904, in dem die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften einen so großen Aufschwung nahmen, ist für die Girisch-Dunderscher eines der magersten, die Gewerbevereine haben zusammen nicht einmal 2000 Mitglieder zugenommen. Wie in allem, so entscheidet eben auch im Gewerkschaftswesen die Güte der Sache.

Zur Aufklärung.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Wie geschwind wird, das beweist der Spezialberichterstatter der Berliner Volkszeitung im Ruhrrevier. Ich vermute hinter dem Berichterstatter einen gewissen Herrn E.-Düsseldorf, der mit der Berliner Volkszeitung in enger Fühlung steht und als dessen „bester Freund“ ich mich bezeichnen kann. Der Berichterstatter schreibt in Nr. 48, Abendblatt der Berliner Volkszeitung, am Schluß eines Artikels über „Die Frauen und der Bergarbeiterstreik“:

Ferner ergibt sich, wie in diesen Zeiten die Masse in dunklem Einigkeitstrang jede Zerplitterung zwischen den Organisationen haßt. Dafür spricht die Tatsache, daß dieser Tage in Watten-scheid ein Agitator des Metallarbeiter-Verbandes, Herr Zwiegel, flüchten mußte, weil er eine sozialdemokratische Brandrede halten wollte.

Demgegenüber erkläre ich, daß ich während der Bergarbeiterbewegung in Watten-scheid nicht an einer einzigen Versammlung teilgenommen habe, es mithin ausgeschlossen ist, daß ich dort eine Brandrede halten wollte und flüchten mußte. Ferner behaupte ich, daß man mich auch in keinem anderen Orte — mit Ausnahme von Dortmund, wo die Polizeibehörde mir zwei Verurteilungen verbat, dem Girisch-Dunderscher Gewerbeverein, der der Berliner Volkszeitung nahesteht, aber am selben Tage in einem städtischen Lokal eine Volksversammlung erlaube — hindern wird, wenn ich dort referiere oder in Versammlungen mich an der Diskussion beteilige. Mithin kann sich auch der Spezialberichterstatter der Berliner Volkszeitung mit der Nennung des Ortes nicht geirrt haben. Weil ich nicht bestimmt weiß, ob der Herr E. aus Düsseldorf der Spezialberichterstatter ist, will ich ihm nicht den Vorwurf machen, ebensowenig wider besseres Wissen obige Behauptung geschrieben zu haben, jedoch behaupte ich, daß die Berliner Volkszeitung in oberflächlicher Weise und leichtfertig von ihrem Berichterstatter bedient wird.

Düsseldorf, den 1. Februar 1905.

R. Spiegel.

Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Wie wir aus der Berliner Volkszeitung, Nr. 56, ersehen, hat Kollege Spiegel dem Blatte eine Berichtigung gesandt. Die Volkszeitung bemerkt dazu:

Sollte, wie es scheint, unser Berichterstatter das Opfer eines falschen Gerüchtes geworden sein, so würden wir das lebhaft bedauern, um so mehr, als sonst unser Gewährsmann durchaus zuverlässig und vertrauenswürdig ist.

Es ist natürlich Sache der Volkszeitung, was sie von ihrem Berichterstatter hält. Andere Leute haben über diesen „Schlachtenbummel“ ihre eigene Meinung. Zu seiner Charakteristik ist jedenfalls ein Artikel in Nr. 3 des Gewerbevereinsboten sehr wertvoll. Ferner eine Notiz in der gleichen Nummer, wo er unserem Kollegen Spiegel Verrat an der Arbeitersache vorwirft und ihn einen elenden Schurken nennt. Kollege Spiegel respektiert nun zwar sehr gerne die im Rheinland in der Faschingszeit beliebte Narrenfreiheit, aber nicht das Handwerk des Verleumdens und Schimpfens, das in Nr. 3 des Gewerbevereinsboten geübt wird.

Liefer hängen!

Wir kennzeichnen in Nr. 3 den Schwindel, den das Girisch-Dunderscher Organ, der Gewerbeverein, mit einer Resolution der christlichen Gewerkschaften in München über die dortige Ortskrankenkasse getrieben hat. Der Gewerbeverein hat bis heute den Schwindel noch nicht widerrufen. Aber nicht nur das: er sucht seine Leser auch jetzt noch in der Meinung zu erhalten, daß der Schwindel über die Münchener Ortskrankenkasse — Wahrheit sei. Er polemisiert gegen den Bergmeister Engel, der in einem Flugblatt über den Bergarbeiterstreif den Gewerbeverein mit der Notiz über die Münchener Ortskrankenkasse als Kronzeugen gegen die Sozialdemokratie aufmarschieren läßt. Dazu schreibt nun der Gewerbeverein in Nr. 5:

„Diese Notiz (des Gewerbevereins) beschäftigt sich mit der Münchener Ortskrankenkasse und dem Beschluß der Generalversammlung derselben, betreffend die Zusammenlegung des Vorstandes, die nicht mehr eine einseitig sozialdemokratische sein soll.“

Der Gewerbeverein schwandelt also weiter. Es ist dies bei einem Blatte nicht weiter zu verwundern, das in derselben Nummer den Lesern aufs neue weismachen will, daß die Girisch-Dunderscher Gewerbevereine keinen parteipolitischen Charakter tragen. Man braucht aber nur an die Beschlüsse in Hannover zu erinnern, die dahin gehen, allen Parteien mit Ausnahme der sozialdemokratischen „gefällig“ zu sein. Und es ist ja auch bloßer „Zufall“, daß die Herren Dr. Max Girisch und Karl Goldschmidt „freiwillige“ Landtagsabgeordnete sind.

Kriegerische Verbündete

erhalten jetzt die christlichen und Girisch-Dunderscher Gewerbevereine. Die letzte Nummer der „Parole“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des preussischen Landes-Krieger-Verbandes, in der es heißt, außer den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften, denen kein Mitglied eines Kriegerverbandes beitreten darf, weil die Sozialdemokraten das zerören wollen, was die Kriegervereine jahrelangemüßig zu pflegen und zu fördern haben, gibt es andere Arbeitervereinigungen, welche keine Sozialdemokraten aufnehmen. Das seien die Girisch-Dunderscher und christlichen Gewerbevereine. Die Arbeiter sollten sich diesen nur anschließen, dann könnten sie des großen Glücks teilhaftig werden, ihre gewerkschaftlichen Bedürfnisse zu verrichten und zugleich einem Kriegerverein anzugehören. Man sieht also ein, daß die Ausschließung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter den Kriegervereinen nur Schaden bringt. Deshalb empfiehlt man eine „ungefährlichere“ Organisationsform. Das ist ganz gut ausgedacht, aber die Arbeiter werden wohl einsehen, daß die Zugehörigkeit zu einer modernen, leistungsfähigen Gewerkschaft für sie nützlicher ist, wie die Zugehörigkeit zu einem Kriegerverein. Der protegierten Gewerbevereinen wird also die Propaganda der „Parole“ nicht viel nützen.

Der Scharfmacher-Sekretär Bueck

räsonniert in Nr. 5 der Deutschen Industrie-Zeitung über den Zustand der Kohlenarbeiter und die Novelle zum Berggesetz. Selbstverständlich sind nach Bueck die Kohlenmagnaten die unschuldigsten Lämmlin. Auch gegen die Regierung ist Bueck sehr ungnädig, gegen ihr Verhalten hat er das höchste Mißtrauen. Entgegen steht ihm der angeführte gesetzgeberische Eingriff der Regierung ein. Folgende Sätze gewähren einen Einblick in das bekümmerte Gemüt des Unternehmers:

Im allgemeinen muß aber durch das Vorgehen der königlichen Staatsregierung bei der Sozialdemokratie und den Organisationen der Arbeiter überhaupt die Überzeugung hervorgerufen werden, daß sie mit ihrer Begartheit, mit ihrem eisernen Willen und zuletzt mit dem injenierten Ausmaß die königliche Staatsregierung bezwungen, geduldet und unter ihr Joch gebracht habe. Das Selbstbewußtsein und das Machtgefühl der Sozialdemokratie wird dadurch unendlich steigen und ihr Ansehen bei den übrigen Arbeitern ungemein wachsen; sie werden ihr in Scharen zufließen.

Diese gewaltige Erregungsfähigkeit wird die Organisationen der Arbeiter anderer Industrien unzweifelhaft anspornen die Streichung ähnlicher Erfolge anzustreben; daher sind infolge des Vorgehens der königlichen Staatsregierung weitere große und verheerende Kämpfe in den anderen Industrien zu erwarten.

Der Eindruck auf die deutschen Arbeitgeber wird, wie heute schon zu übersehen ist, ungemein deprimierend sein. Sie müssen gewärtig sein, daß bei den vorausichtlich künftigen Kämpfen die Regierung beziehungsweise die Gesetzgebung sich auch in die Ordnung ihrer Arbeitsverhältnisse einschließen wird. Sie haben das Ende des Bestimmungszweckes in ihren eigenen Unternehmen, das Aufhören ihrer Autorität vor Augen.

Man muß gestehen, daß es Bueck ausgezeichnet versteht, sich zu verstellen. Denn er weiß doch ganz genau, daß im preussischen Landtag — selbst wenn die Regierung etwas für die Arbeiter Annehmbares vorlegen sollte — für die Kohlenmagnaten und für die Unternehmer überhaupt nichts zu befürchten ist.

Die ortsüblichen Tagelöhne.

Wenn auch die ortsüblichen Tagelöhne gemäß § 8 des Krankenversicherungsgesetzes von den Regierungen unter Anführung der Gemeinden, Gewerbegerichte, Krankenkassen u. für die ungelerten Arbeiter festgesetzt werden, so kann auch der gelernte Arbeiter Gelegenheit genug haben, mit diesen Sätzen in Berührung zu kommen.

Unsere moderne Industrie siedelt sich gerne auf dem Lande an, wo billigeres Terrain, billige Arbeitskräfte noch zu finden sind. Hat nun ein Metallarbeiter das „Glück“, in einer solchen Fabrik Arbeit zu finden, so wird er natürlich Mitglied der Gemeindefrankenkasse, da auf dem Lande selten Ortskrankenkassen existieren. Die Gemeindefrankenkassen rechnen aber nicht mit dem wirklichen Lohne des Arbeiters, sondern nur mit dem ortsüblichen Tagelohn und gewähren die Hälfte dieses Tagelohnes nur an Krankengeld. Auch bei der Unfall- und Invalidenversicherung spielt der ortsübliche Tagelohn eine Rolle. Verunglückt der Schloßerlehrling, so wird ihm die Rente, die sich aus dem Tagelohn berechnet, für den ortsüblichen Tagelohn sehr niedrig, so muß dieser arme Verletzte sein Leben lang mit der fargen Rente zufrieden sein, wenn er auch Aussicht hatte, als Geselle einmala 4 bis 5 Mk. pro Tag zu verdienen. Wird der verheiratete Arbeiter zu einer Militärdienstleistung auf 14 Tage oder 6 Wochen einberufen, so erhält seine Familie nach dem ortsüblichen Tagelohn ihre Unterstützung für diese Zeit u. s. w. Der gelernte Arbeiter hat also auch ein großes Interesse daran, daß der ortsübliche Tagelohn den Verhältnissen entsprechend erhöht wird. Nur in einem Falle kann ihm ein hoher ortsüblicher Tagelohn gefährlich werden, beim Kontraktbruch. Verläßt der Arbeiter seine Stelle, ohne ordnungsgemäß gekündigt zu haben, so kann der Unternehmer als Strafe zehnmal den ortsüblichen Tagelohn von ihm verlangen.

Wie verschieden in Deutschland nun die ortsüblichen Tagelöhne festgesetzt sind, ergibt sich, wenn man die Tabelle mit den einzelnen Landesstellen vergleicht. In Preußen hat den niedrigsten Satz mit 1,10 Mk. für die erwachsenen männlichen Arbeiter, 0,75 Mk. für die

Frauen und 0,60 und 0,50 Mk. für jugendliche Arbeiter der Kreis Briesen im Regierungsbezirk Marienwerder! Am allerniedrigsten ist der Satz in Schlesien und zwar in Goldberg, Hagnau und Jaltenberg mit gar nur 1 Mk. für die erwachsenen männlichen Arbeiter. Ungerburg, Seydelkrug u. s. w. im Regierungsbezirk Gumbinnen haben den Satz von 1,20 Mk. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse in Bayern. Erkrankt nun ein Metallarbeiter als Mitglied der Gemeindefrankenkasse in Goldberg, so wird er pro Tag die Hälfte von 1 Mk., gleich 50 Pf. Krankengeld, gleich 3 Mk. die Woche erhalten, wenn er auch 20 bis 22 Mk. pro Woche verdient hatte. Die Familie des Landwehrmanns erhält bei der Waffentüchtigkeit des Ernährers 60 Prozent des ortsüblichen Tagelohns pro Tag an Unterstützung von der Gemeinde ausbezahlt, folglich würden die Arbeiterfamilien in Seydelkrug 0,72 Mk. pro Tag erhalten.

Etwas besser ist es infolge dem Drängen der Arbeiter in den Krankenkassen in den Großstädten geworden. Trotzdem sind die Sätze auch da noch sehr verschieden. Den höchsten ortsüblichen Tagelohn in Deutschland hat Bremerhaven mit 3,60 Mk., dann folgt Bremen mit 3,50 Mk., Frankfurt a. M. mit 3,10 Mk., Hamburg mit 3 Mk., Berlin mit 2,90 Mk., München mit 3 Mk., Breslau mit 2,40 Mk., Dresden mit 2,80 Mk., Leipzig mit 3 Mk., Lübeck mit 2,90 Mk. Sind die Lebensverhältnisse in Bremerhaven viel teurer als in Berlin, Frankfurt a. M. oder Breslau? Sicher nicht. Es gilt daher, sich um die Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns mehr zu kümmern.

Noch übler ist natürlich der Kleinbauer und landwirtschaftliche Arbeiter in diesem Punkte daran. Für die Berechnung der Unfallrente legt man meistens der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften einen ebenfalls von den Regierungen fixierten Jahresarbeitsverdienst zugrunde. In einem Teile des Regierungsbezirks Gumbinnen beträgt der festgesetzte Jahresverdienst 360 Mk., im bayerischen Bezirksamt Gern gar nur 305 Mk.!! Verunglückt nun ein Kleinbauer und knecht im Gumbinner Kreise, so erhält er an Vollrente 240 Mk. im Jahre oder 20 Mk. im Monat! Für eine verlorene Hand, die mit 50 bis 60 Prozent Rente bewertet, würde der Verletzte 10 bis 12 Mk. im Monat, für einen verlorenen Finger mit 10 Prozent gar nur 2 Mk. im Monat, im Bezirk Gern 1,95 Mk. im ganzen Monat Rente erhalten! Vergleicht man die Renten der Bauern mit denen der Fabrikarbeiter, so merkt man am deutlichsten den Unterschied. Ist zum Beispiel der Vater Bauer, so erhält er für die verlorene Hand 10 Mk. Rente pro Monat, wenn der Jahresverdienst nur mit 360 Mk. angenommen war. Sein Sohn, der in der Fabrik als Tagelöhner nun zum Beispiel 1200 Mk. pro Jahr verdient, erhält für seine durch Unfall verlorene Hand 33,30 Mk. pro Monat, also mehr als dreimal so viel Rente wie der viel ältere Vater!

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 19. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Handelsverträge und Hilfsaktionen. — Klassienwissenschaft und Philosophie. Von H. Pannekoek (Leiden, Holland). — Nach dem ersten Akte. Von Rosa Luxemburg. — Die zivilisierte Welt und der Jar. Von K. Kautsk. — Theorien über den Mehrwert. I. Die Anfänge der Theorie von Mehrwert bis Adam Smith. Aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx, herausgegeben von Karl Kautsk. Von Heinrich Cunow. (Schluß). — Zur Lage der Bäckerei-Arbeiter. Von Konrad Fint. — Literarische Rundschau: Friedrich Herz, Moderne Rassenhistorie. Von O. B. Dr. phil. Moritz Lindemann. Urbegriffe der Wirtschaftswissenschaft. Von r. h. — Notizen: Die Expropriation des kleinen Grundkapitals. Von h. m. r.

Bitte!

Wir ersuchen die Verwaltungsstellen, die gedruckte Jahresberichte herauszugeben, uns davon stets ein Exemplar zu über-senden. Die Redaktion.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

- (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufge-n.)
Mittelsburg. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Tivoli“.
Mittelsburg. Samstag, 11. Februar, abds. 8 Uhr, im Gasth. zu den 12 Aposteln.
Mittelsburg. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Hirsch“, Kanaltstraße.
Mittelsburg. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Bayerischen Hof“, Löherstr. 8.
Mittelsburg. Samstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, im „Drei Könige“.
Mittelsburg (Allg.). Samstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, in d. „Blauen Glocke“.
Mittelsburg. Samstag, 11. Februar, abds. 8 Uhr, bei Georg Schmidt, zum „Kreuz“, Nr. 13.
Mittelsburg. Samstag, 11. Februar, abds. 8 Uhr, bei Karl Amage, Steinstr. 24.
Mittelsburg. Samstag, 11. Februar, abds. halb 9 Uhr, im Schatten.
Mittelsburg. Samstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, in der „Viederhalle“ in Biffingen a. Enz.
Mittelsburg. Sonntag, 12. Februar, vorm. von 10 bis 2 Uhr, bei Schäfer, Ringstr. 8.
Mittelsburg, Bez. Hattlingen-Linden. Sonntag, 12. Februar, vormittags von 10 bis 1 Uhr, bei Witwe Sieget (Germania) in Hattlingen.
Mittelsburg. Sonntag, 12. Februar, abds. halb 9 Uhr, bei Steinmann, 1. Kampfr. 73.
Mittelsburg (Eizungsmonateur). Sonntag, 12. Februar, vormittags 9 bis 11 Uhr, bei Stamm, 1. Kampfr. 39.
Mittelsburg. Sonntag, 12. Februar, nachm. 5 Uhr, bei Fr. Seidel, Südteilerstr.
Mittelsburg. Sonntag, 12. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Bellevue“, Bahnhofsstr.
Mittelsburg (Allg.). Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Zwölf“.
Mittelsburg. Sonntag, 12. Februar, abends 6 Uhr, bei Trostke, Helm-s-goldstraße.
Mittelsburg. Freitag, 17. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Bollens, Bruckmannstraße.
Finkenwalde. Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, im Gesellschafts-haus Namndorf.
Hennersdorf (Formev). Mittwoch, 15. Febr., abends halb 9 Uhr, in der „Vereinskassenschenke“.
Frankfurt a. Main. Bodenheim. Bezirk Hedderheim. Montag, 13. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Arbeiterheim“.
Bezirk Nieder-rad. Freitag, 17. Februar, abends halb 9 Uhr, in „Baldobahr“, Schwarzmalldir. 2.
Bezirk Adelsheim. Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Männer Hof“, Bahnhofsstraße.
Freiberg i. S. Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Padamowsky.
Fürstentum. Donnerstag, 16. Febr., abends 8 Uhr, in der Schloßkellerei.
Gelsenkirchen. Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Gsch. Kamys, Elisabethplatz (Hermannsplatz).
Gelsenkirchen. Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Richard Falkenberg.
Glauchau. Samstag, 11. Febr., abds. halb 9 Uhr, in „Weissen Hof“, Johlsand.
Glauchau. Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Wiese, Gilmerswintel.
Hain. Schwab. Samstag, 11. Febr., abends 8 Uhr, in der „Germania“.
Hain. Freitag, 17. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Winkler, Königstr. 34.
Hildesheim. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Römer“, Hauptstr. 41.
Hildesheim. Samstag, 11. Febr., abends 8 Uhr, in der „Röhre“.
Horn. Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Gieper, zur „Hörje“ am Altmatt.
Hildesheim. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, in „er Andreas-schänke zu Gundersdorf“.
Jungfernsdorf. Samstag, 11. Febr., abends 8 Uhr, zur „Hörje“.
Kaiserlautern. Samstag, 11. Febr., abds. halb 9 Uhr, Burg, Steinstr. 20.
Kais. Dienstag, 14. Febr., abends 9 Uhr, bei H. Kiel, Victoriastr. 70.
Kiel. Donnerstag, 16. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Schwor, „Gardenen Hörje“ in Gaden, Augustenstraße.
Kiel (Allg.). Sonntag, 19. Febr., vorm. halb 10 Uhr, im „Englischen Garten“.
Lehhausen (Schläger). Sonntag, 12. Febr., nachm. 4 Uhr, zur „Hörje“.
Lehr. (Köppelstr.). Sonntag, 12. Febr., nachmittags 5 Uhr, bei Ganshoff.
Lehr. Samstag, 11. Febr., abends 8 Uhr, in „Engelgarten“.
Lippstadt. Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Heßler im „Schw-ster“, Kappellstr. 13.



Rudwigsburg. Sonntag, 19. Febr., vorm. halb 10 Uhr, in der „Krone“.

Offenbach a. M. Montag, 19. Febr., abds. halb 9 Uhr, i. Saalbau, Austra. 9.

Heutlingen Samstag, 11. Febr., abds. 8 Uhr, bei J. Hint, Rathausstraße.

Dingst. Samstag, 18. Febr., abds. 9 Uhr, im Gasthaus „Zum Hefhof“.

Zweibrücken. Samstag, 11. Febr., abds. halb 9 Uhr, im „Goldenen Stern“.

Schwelm. Unterführungen werden beim Bitt. Hugo Jacobs, Osterstr. 21, ausgeführt.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

MEINEL & HEROLD Harmonikfabrik, Klingenthal (Sax.) No. 493 C.

Deutsche Werkmeister- und Kalkulatorschule, Darmstadt. Staatsaufsicht. — Technisch praktische Lehraufst.

Achtung! Unsere Herren-Anzug- und Paletotstoffe, Loden u. Sportstoffe...

Baer Sohn En gros. BERLIN. En detail. Geyersstr. 24a/25. Wredensstr. 11.

Carnevals-Ülk neuestes Scherz-Instrument, der fidele Dudelsack.

40 Mark nur Dieser Schallplatten-Apparat mit Trompetenarm, tadellosem Uhrwerk...

Tuchausstellung Augsburg 313 Wimpfheimer & Cie.

Wilhelm Kruse Markneukirchen No. 885 Gröste.

Lebensgröße 45/65 cm für 3 Mt. Porto, Verpackung 60 Pf.

Gratis Gute Zylinder-Uhr, 6 Steine, Goldzeiger, u. Goldränder 7 Mt.

Tragen Sie unsere Hamburger-Schnitt-Hosen!

Edmund Paulus Markneukirchen No. 367 Musikinstrumente jeder Art.

Magerkeit. Schöne, volle Körperformen durch unser orient. Kraftpulver.

Conrad Müller Buch- und Steindruckerei Perforier- und Gummier-Anstalt.

Bernhard Meier & Co. Harburg a. E. Spezialgeschäft für Arbeitsgarderobe.

Geschenk und portofrei zugef. empf. jed. Steuerverw. f. j. u. j. Arbeiter einen Gegenstand mit dem Namen im Werte von 40 u. 20 Mt.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuester Katalog in Empfehlung. viel. Ärzte u. Prof. grat. u. fr.

Schnurrbart! Der für die Züchtung und Erhaltung eines Schnurrbartes...

MUSIK-INSTRUMENTENFABRIK von ERNST HESS KLINGENTHAL & Co.

Orkan-Fahrräder sind auch für Sommer 1905 wiederum die besten und doch die billigsten.

Durch enorme Leistungsfähigkeit beweist Ihnen die „Smith-Premier“-Schreibmaschine dass sie tatsächlich das Ideal aller Schreibmaschinen ist.

Metallarbeiter-Notizkalender für 1905 Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder.